

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.4 - 58. Jahrgang

1. März 2008

Thema der Woche:

„Jetzt sind wir dran“

Am 8. März erinnern Frauen auf der ganzen Welt an die Geschichte der Frauenbewegung und erneuern ihre Forderung nach Gleichberechtigung.

Die SPD setzt sich seit ihrer Gründung für die Rechte der Frauen ein. Das Frauenwahlrecht, die Stärkung der Rechte von Müttern und die Chancengleichheit im Berufsleben waren und sind zentrale Forderungen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat den Internationalen Frauentag 2008 unter das Motto „Jetzt sind wir dran“ gestellt. Sie macht deutlich, dass Frauen nicht länger warten wollen und ihre Gleichberechtigung und Gleichstellung einfordern.

Alle Menschen müssen für ihre Arbeit ein Einkommen erhalten, das ihnen eine eigenständige Existenz sichert. Das bleibt vielen Frauen noch immer vorenthalten. Die ASF tritt dafür ein, dass Frauen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt haben. Wir fordern verbindliche Regeln zur Gleichstellung in der Wirtschaft, eine Tarifpolitik, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert, einen gesetzlichen Mindestlohn, geschlechtergerechte Umgestaltung des Steuerrechtes, Überwindung traditioneller Rollenmuster bei Berufs- und Studienwahl, Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder.

Unsere Ziele sind Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern. Deshalb ist der Internationale Frauentag wichtig. Aber noch wichtiger ist es, sich auch an den übrigen 364 Tagen im Jahr für die Rechte von Frauen einzusetzen. □



Eva Högl ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin.

Volksentscheid:

„Nein zum Flugbetrieb“

Michael Müller im BS-Interview

Voraussichtlich am 27. April wird der erste Volksentscheid zur Abstimmung stehen. Die SPD setzt sich dabei - gemeinsam mit Verbänden und Bürgerinitiativen - für ein flugfreies Tempelhof ein. Die BERLINER STIMME sprach mit dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller.

Berliner Stimme: Der Flugbetrieb in Tempelhof steht zur Abstimmung. Jetzt zeigt die SPD - zusammen mit Bürgerinitiativen und Umweltschützern - Flagge. Warum erst so spät?

Michael Müller: Unsere Haltung zu Tempelhof war ja immer klar - da haben wir auch gar keinen Zweifel daran gelassen. Wir wollen die Schließung der innerstädtischen Flughäfen aus Gründen des Umweltschutzes, der Lärmverringerung, der Sicherheit. Und vor allem wollen wir eins nicht: Das Zukunftsprojekt Großflughafen BBI gefährden, das die CDU mit einer beispiellosen Arroganz aufs Spiel setzt. Nun ist es das Wesen eines Volksentscheids, dass zuerst diejenigen, die etwas anderes erreichen wollen, dafür werben.



Im Gespräch: der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Foto: Büro Rawert

Und sie tun das mit sehr viel Geld und Medienunterstützung. Jetzt, beim Volksentscheid, können erstmals auch all die ihre Stimme in die Waagschale werfen, die keinen Flugbetrieb in Tempelhof wollen, aber in BBI einen wirklich zukunftsorientierten Standort für einen Flughafen sehen, der wirtschaftlichen Aufschwung in die Region bringt. Unsere Argumente sind hier klar und nachvollziehbar. **Fortsetzung Seite 2**

AG Migration:

Netzwerk Integration gegründet

Ülker Radziwill: Zukunftswerkstatt für die SPD

In der Berliner SPD hat sich ein „Netzwerk Integration“ gegründet. Betreut von der Arbeitsgemeinschaft Migration will es u.a. eine bessere partnernetzwerk Vernetzung der Expertinnen und Experten in Integrationsfragen auf verschiedenen Ebenen der Berliner SPD erreichen sowie eine bessere parteiexterne Vernetzung mit den Migrantenorganisationen.

Ülker Radziwill, MDA, Initiatorin und Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration: „Integrationspolitik geht uns alle an und ist eine ressortübergreifende und gesellschaftspolitische Aufgabe. Neue Herausforderungen in der Integrationspolitik

kommen mit dem demographischen Wandel auf uns zu. Wenn heute jedes zweite

IN DIESER AUSGABE:

SPD: WOHNUNGSGELD ERHÖHEN	SEITE 4
GEDENKTAG 18. MÄRZ	SEITE 8
LÄNDERFUSION OHNE SCHULDEN?	SEITE 9

Kind unter sechs Jahren und jedes dritte Kind unter 12 Jahren einen Migrationshintergrund hat, so muss die Integrationspolitik und die Umsetzung von Chancengleichheit Priorität in unserer Stadt haben.“ Das Netzwerk verstehe sich als ein integrationspolitische Zukunftswerkstatt. **BS □**

Volksentscheid:

„Nein zum Flugbetrieb“

Michael Müller im BS-Interview - Fortsetzung von S. 1

Berliner Stimme: Die SPD hatte sich für die Einführung von Volksentscheiden und für mehr direkte Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt. Bereuen Sie dies angesichts der Schärfe der Auseinandersetzung?

Michael Müller: Auf keinen Fall. Ich bin der festen Überzeugung, dass Elemente wie Bürgerbegehren oder Volksentscheide grundsätzlich dazu beitragen, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und ihr Interesse an Politik zu verstärken. Aber hier instrumentalisieren CDU, FDP und einzelne Interessengruppen diese Möglichkeiten für eigene Zwecke. Den einen geht es darum, ein riesiges Gelände, das der Steuerzahler mit immerhin mehr als zehn Millionen Euro pro Jahr subventioniert, weiter ungestört zu nutzen, den anderen geht es darum, mit üblen Unterstellungen diesen Senat zu diffamieren und zu schädigen. Mit ihren Äußerungen über angebliche Behinderungen und Tricks bei der Durchführung des Volksentscheids zu Tempelhof haben die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP den demokratischen Grundkonsens verlassen. Wer hier schon einmal vorausendend Wahlbetrug ruft, der will sich nur eine billige Entschuldigung für den Fall des eigenen Scheiterns verschaffen.

Berliner Stimme: Was plant die SPD an Aktionen?

Michael Müller: Das Ende des Flugbetriebs in Tempelhof ist Voraussetzung für den Großflughafen BBI. Und der ist die Zukunft für die Region, die Schaffung von insgesamt bis zu 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in und um Schönefeld bis 2012 ist realistisch. Darüber werden wir informieren, an unseren Infoständen, auf Veranstaltungen, im Internet. Wer weiß denn schon, dass man mit dem geplanten Airport-Shuttle von BBI aus in zwanzig Minuten

den Hauptbahnhof erreichen wird? Wer weiß, dass dieser Platz, auf dem ein ganzer neuer Stadtteil mit Arbeit, Wohnen, Leben, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten entstehen kann, heute für gerade einmal 1,7 Prozent des Passagieraufkommens genutzt wird? Wir werden als Berliner SPD dafür werben, sich intensiv mit der Frage zu befassen. Dann wird man nämlich feststellen: Der Berliner Senat hat verantwortungsvoll und richtig entschieden. Arrogant darüber hinweg setzen sich die, die den Flugbetrieb in Tempelhof erhalten wollen, die BBI gefährden.

Berliner Stimme: Inzwischen hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, das sich gegen den weiteren Flugbetrieb ausspricht. Was ist geplant?

Michael Müller: Es wird eine ganze Reihe gemeinsamer Aktionen geben, gemeinsame Plakate, einen gemeinsamen Internetauftritt. Große Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt sind dabei, der BUND, Umweltschützer, Bürgerinitiativen, die schon seit Jahren in Tempelhof engagiert sind, Linkspartei und Grüne. Das ist eine gute Voraussetzung für die Mobilisierung.

Berliner Stimme: Wird es nicht schwer, die Gegner des Flugbetriebs zu bewegen, zur Abstimmung zu gehen? Schließlich könnten die ja glauben, der Senat werde alles in ihrem Sinne richten.

Michael Müller: Also zum einen ist Demokratie nichts, was man den anderen überlassen sollte. Das muss man schon selbst in die Hand nehmen. Der Senat wird das Ergebnis des Volksentscheids, wie auch immer er ausgehen mag, sorgfältig zu prüfen haben. Und da bin ich schon dafür, dass alle, die etwas für Berlin, für die Region tun wollen, mitabstimmen und klar sagen: Nein zum Flugbetrieb.

Interview: Ulrich Horb □

POLITIK PERSÖNLICH

Raed Saleh, Spandauer SPD-Abgeordneter, ist zum „Ehrenkommissar“ ernannt worden. Anlässlich der Jubilarfeier zum einjährigen Bestehen des erfolgreichen Spandauer Präventionsprojektes „Stark ohne Gewalt“ ist der Berliner Abgeordnete und Mitinitiator sowie Koordinator des Projektes von Frank Brinker, Leiter des Spandauer Polizeiabschnitts 21, wegen seines Engagement gegen Konflikte und Gewalt unter jungen Menschen mit dieser Auszeichnung geehrt worden. Die Ernennung fand in Anwesenheit des Berliner Senators für Inneres und Sport, Dr. Ehrhart Körting statt. „Das ist eine tolle Auszeichnung für ein beispielhaftes Projekt“, sagte der Spandauer SPD-Vorsitzende Swen Schulz. „Vorurteile werden durch Begegnungen abgebaut, ein funktionierendes Miteinander gestärkt.“ □

Bahnprivatisierung:

Berliner SPD gegen Holding

Der SPD-Landesvorstand hat sich am Montag gegen das Holding-Modell zur Bahnprivatisierung ausgesprochen. Es widerspreche „eindeutig den Kriterien des Parteitagbeschlusses“. Die geplante Holding-Struktur sei eine Vorstufe der Trennung von Netz und Betrieb. „Die Bundesregierung prüft derzeit, mit dem Holding-Modell Stammaktien mit Stimmrecht auszugeben. Private Investoren erhalten so direkten Einfluss auf die Holding, die den gesamten Bahnverkehr betreiben soll. Einzig die Bedingung, dass die Infrastruktur zum Eigentum des Bundes werden soll, wird vom Holding-Modell erfüllt.“ Der SPD-Landesvorstand forderte die Bundesregierung auf, „die teilweise Privatisierung der Bahn nach dem Holdingmodell zu stoppen“. Wenn Bundesregierung und Parteiführung dieses Modell weiter verfolgen wollen, dann müsse vorher ein Bundesparteitag dieses Modell beurteilen. **BS** □

Breites Bündnis gegründet

Mit gemeinsamen Plakaten und Flugblättern, Veranstaltungen und einem Internetauftritt werben jetzt zahlreiche Berliner Organisationen, Parteien und Verbände für ein Nein beim Volksentscheid.

Das Bündnis für ein flugfreies Tempelhof aus Arbeiterwohlfahrt (AWO), mehreren Bürgerinitiativen, dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD, VCD Berlin (Verkehrsclub Deutschland) hat sich anlässlich des bevorstehenden Volks-



entscheid gegründet. Es tritt dafür ein, den Flugverkehr zum 31. Oktober einzustellen, um dann das Flugfeld für alle zu öffnen. Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.tempelhof-flugfrei.de.

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Justiz:

„In erster Linie Frau“

Gisela von der Aue: Diskriminierung weiter abbauen

In der Berliner Justiz lag im Jahr 2006 der Anteil der Frauen an allen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bei 46,7 %. Im juristischen Vorbereitungsdienst in Berlin betrug der Frauenanteil im Jahr 2007 48 %.

Schon 1993 hatten 88 % der bundesweit befragten Richterinnen angegeben, bereits beim Berufseinstieg ihre Wunschposition übernommen zu haben. Dass sich der Zugang von Frauen zu den juristischen Berufen heute weitgehend unproblematisch gestaltet, ist allerdings Ergebnis eines langen Prozesses.

Noch bis zum 21. Dezember 1922 hatte in Preußen eine Regelung gegolten, wonach „zur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Staatsanwalts oder...zur Vertretung eines Rechtsanwalts...Personen weiblichen Geschlechts nicht bestellt werden...“ durften. 1922 vertrat die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins die Position, dass die Zulassung von Frauen zu juristischen Berufen eine „Schädigung der Rechtspflege“ bewirke. Zur „wissenschaftlichen“ Untermauerung war 1923 im Aufsatz eines Arztes in der Deutsche Juristenzeitung zu lesen, „dass die Frau wegen ihrer stärkeren Gefühlsbeeinflussung und ihrer ausgeprägten Suggestibilität zu einem streng objektiven Abwägen von Recht und Gesetz ungeeignet“ sei.



Justizsenatorin Gisela von der Aue.

Es dauerte bis Januar 1924, dass mit Marie Munk die erste Referendarin Preußens die große juristische Staatsprüfung vor dem Landesprüfungsamt Berlin ablegte.

Die Probleme für Frauen im Berufsleben sind heute bei Weitem noch nicht beseitigt. Frauen gelangen immer noch wesentlich seltener in Führungspositionen als Männer. Dass in der Berliner Justiz von den 16 Stellen für Gerichtspräsidenten 7 Stellen von Frauen besetzt sind, stellt in diesem Zusammenhang eine begrüßenswerte Ausnahme dar.

Das im Jahr 2006 verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat die Rechte der Frauen im Berufsleben gestärkt. Bei einer Verletzung des AGG, für deren Nachweis Beweiserleichterungen gelten, hat der oder die von einer Diskriminierung Betroffene Anspruch auf Ersatz materieller und immaterieller Schäden. Aller-

dings machen Frauen und weitere von Diskriminierungen Betroffene in Deutschland noch sehr wenig von ihren Rechten nach dem AGG Gebrauch. Nach einer jüngst veröffentlichten Umfrage des Deutschen Anwaltsvereins betrafen von 30.000 arbeitsrechtlichen Fällen vor Gericht lediglich knapp 400 das AGG, 2/3 davon wiederum eine Diskriminierung wegen des Geschlechts oder Alters. Daraus allerdings zu schließen, dass es in Deutschland nur wenige geschlechtsspezifische Diskriminierungen im Beruf gebe, wäre fatal. Denn gerade viele Frauen fürchten, ihren Job zu verlieren, wenn sie ihre eigene Firma verklagen; sie wollen sich oft nicht dem Stress eines Gerichtsverfahrens aussetzen. Vielleicht kann das folgende Urteil aus Großbritannien Frauen dazu ermuntern, sich gegen Diskriminierungen zur Wehr zu setzen: Aufgrund der Antidiskriminierungsrichtlinien der EU, die mit dem AGG in deutsches Recht umgesetzt worden sind, wurde einer Analytistin ein Schadensersatzanspruch gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber in Höhe von 1,4 Millionen Pfund zugesprochen. Ihr Vorgesetzter hatte sich in einer E-Mail wie folgt über die Klägerin geäußert: „Hatte Krebs, nervt rum und ist jetzt auch noch schwanger.“

In einem „Studien- und Berufsführer“ aus dem Jahr 1927 heißt es am Ende des Kapitels „Berufsmöglichkeiten für Frauen in der Rechtswissenschaft“: „Auch die Berufsjuristin sollte stets erst in zweiter Linie Jurist, in erster Linie aber Frau sein.“ Wie würde wohl ein deutsches Gericht entscheiden, wenn dies heute ein Arbeitgeber zu seiner weiblichen Angestellten sagte?

Gisela von der Aue □

Finanzen:

„Auf gerechte Verteilung achten“

Staatssekretärin Iris Spranger über Schwerpunktsetzungen im Haushalt

Wer Geschlechtergerechtigkeit im politischen Alltag umsetzen will, muss sich mit Haushaltsplanung auseinandersetzen, sagt Iris Spranger, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen. Denn der Landeshaushalt verteilt Ressourcen und definiert damit auch politische Schwerpunkte.

„Gender Budgeting“ ist ein international anerkannter Ansatz, im Rahmen eines öffentlichen Haushaltsplanes Aussagen zu dessen Auswirkungen auf das Verhältnis und den Lebenschancen von Frauen und Männern zu machen.

Damit kann man beispielsweise analysieren, ob bestimmte Ausgaben des Staates mehr Frauen oder mehr Männern zu gute kommen, ob dies so gewünscht ist und ob ggf. mehr für die benachteiligte Gruppe getan werden kann. Auf diese Weise kann



Iris Spranger ist Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen

Klaus Feiler, Leiter der Haushaltsabteilung in der Senatsverwaltung für Finanzen, hat das Konzept gemeinsam mit den Fachresorts, den Bezirken und unabhängigen Beraterinnen entwickelt. Der Landeshaushalt 2008/2009 ist jetzt schon der zweite, der

ganz praktisch etwas für die Frauenförderung getan werden, die Daten dafür stehen im Haushaltsplan. Berlin arbeitet seit 2002/2003 kontinuierlich daran und setzt dabei deutschlandweit Maßstäbe.

Eine besondere Arbeitsgruppe unter der Leitung von

hier Daten anbietet, die jetzt von der Politik genutzt werden können.

Erster Schritt war die Herstellung von Transparenz hinsichtlich des geschlechterdifferenzierten Nutzens, der mit den staatlichen Maßnahmen und Ausgaben verbunden ist. Dazu ist es erforderlich, in eine umfangreiche Nutzenanalyse einzutreten, die im Ergebnis die absoluten und relativen Anteile der Nutzer und Nutzerinnen, also der sogenannten Primärempfänger staatlicher Ausgaben, ausweist. Dabei konzentrierte sich der Gender-Budget-Prozess zunächst darauf, zu 56 bezirklichen Produkten, insbesondere aus den Bereichen Kultur, Bildung, Sport, Jugend und Gesundheit, und zu den konsumtiven und investiven Transferausgaben der Senatsverwaltungen geschlechterdifferenzierte Daten zu erheben und abzubilden.

Fortsetzung S. 4

„Auf gerechte Verteilung achten“

Fortsetzung von Seite 3

Diese Daten zu den Primärempfängern staatlicher Leistungen lassen bereits umfangreiche und interessante Analysen zu. So kann man jetzt sehen, wie Mädchen und Jungen, Frauen und Männer die öffentlichen Angebote nutzen. Manches Erwartete hat sich bestätigt (Frauen oder Mädchen z.B. leihen mehr Literatur aus als Männer bzw. Jungen), manches ist überraschend.

Der nächste qualitative Schritt ist die Ausdehnung der Analyse auf die sogenannten Sekundärempfänger. Hierbei konzentriert sich der Prozess im Wesentlichen auf die Zuwendungsempfänger, also Vereine, Projekte, freie Träger, Organisationen oder Unternehmen. In der Praxis ist es häufig so, dass diese die erhaltenen Mittel, sowohl aus den Bezirken als auch aus den Senatsverwaltungen, wiederum an Dritte unter den besonderen Bedingungen des Zuwendungszwecks ausreichen.

Selbstverständlich sollten aber Konsequenzen aus diesen Analyseergebnissen gezogen werden. Dies setzt Ziele voraus. Damit ist der Übergang zur dritten Stufe, der qualitativen Erweiterung, eingeleitet. Dann können im Rahmen der fachpolitischen Rahmenbedingungen auch strategische geschlechterspezifische Ziele definiert und so das operative Tagesgeschäft dahingehend gesteuert werden, diese Ziele durch geeignete Maßnahmen zu erreichen.

Ziel des Gender Budgeting ist, einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Plötzlich wird in diesem spannenden Verfahren klar, wo die Ausgabenstruktur Schiefen hat, z.B. zu Lasten der Frauen, und korrigiert werden muss.

Iris Spranger □

„Am Ziel festhalten“

Schulanfangsphase verbessert individuelle Förderung

In einer Schulanfangsphase sind in Berlin die Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschule zusammengefasst. Ein Konzept, an dem die SPD aus guten Gründen festhalten will

Die Einführung einer Schulanfangsphase wird in der Berliner SPD seit 1997 diskutiert. Sie war ursprünglich eine Forderung der Berliner Grundschullehrerinnen und -lehrer, da man mit diesem Instrument die Schülerinnen und Schüler individueller fördern und fördern kann. Alle diesbezüglichen Schulversuche zum JÜL (=jahrgangübergreifender Unterricht) sind positiv verlaufen, und einige Schulen bedienen sich schon lange dieses Instruments (z.B. die Peter-Petersen-Grundschule in Neukölln, die sogar die Jahrgangsstufen 1-3 und 4-6 zusammenfasst).

Die Diskussion fand zunächst in der großen Koalition und dann unter Rot-Grün statt. Die rot-rote Koalition hat schließlich die Schulanfangsphase beschlossen und im Schulgesetz verankert. Zunächst war ihre Einführung freiwillig. Derzeit nimmt knapp die Hälfte aller Grundschulen daran teil (169 von 365 Grundschulen, dies ist ein Anteil von rund 46 %), und diese Schulen sind von dem Konzept überzeugt. Auch die SPD-Fraktion hält an diesem Unterrichtsmodell als Regelfall fest, deshalb sieht die Koalitionsvereinbarung 2006 die verbindliche Einführung für alle Grundschulen im Schuljahr 2008/2009 vor.

Allerdings gab es auch kritische Stimmen, die sich im Wesentlichen auf drei Punkte konzentrierten: Personalmangel, fehlende Räumlichkeiten oder Probleme bei der Einführung des neuen Konzepts. Diese Sorgen müssen ernst genommen



Dr. Felicitas Tesch, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Foto: SPD

werden. Um ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, erhalten daher die jahrgangsgemischten Klassen der flexiblen Schulanfangsphase einen Bonus von zwei Lehrerwochenstunden, die sie wahlweise als Lehrer- oder Erzieherstunden nutzen können. Dafür stehen ab dem neuen Schuljahr Mittel in Höhe von 120 Vollzeitlehrern zusätzlich zur Verfügung.

Wenn die Schulkonferenzen beschließen, die Schulanfangsphase noch nicht zum kommenden Schuljahr einzuführen, so werden Zielvereinbarungen geschlossen, wann dies personell und räumlich möglich sein wird. Außerdem werden die Lehrkräfte an der Grundschule verpflichtet, an einer Fortbildungsmaßnahme zur Arbeit mit heterogenen Lerngruppen teilzunehmen.

Die Einführung der Schulanfangsphase als pädagogisches Konzept ist eine wesentliche Säule des Berliner Schulgesetzes. Sie verbessert die individuelle Förderung einzelner Schülerinnen und Schüler, stärkt ihre soziale Kompetenz und fördert das gemeinsame Lernen der Kinder. Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass mit den eingeleiteten Maßnahmen ein wichtiger Schritt in Richtung eines modernen Bildungssystems gemacht werden konnte.

Felicitas Tesch □

Wohngeld: SPD-Bundestagsfraktion für Erhöhung

Gestiegene Energiekosten werden einbezogen - Profitieren werden insbesondere Familien

Für eine angemessene und zeitgemäße Erhöhung des Wohngeldes setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein. Vor allem die enorm gestiegenen Heizkosten sollen in die Wohngeldberechnung mit einbezogen werden. Die letzte Wohngeldanpassung ist mittlerweile sieben Jahre her. Seither sind nicht nur die Mieten um knapp 10 Prozent gestiegen. In den letzten Jahren sind insbesondere die Energiekosten förmlich explodiert.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten setzen sich jetzt für eine Wohngeldnovelle ein, die eine quadratmeterbezogene Heizkostenpauschale in Höhe von 0,65 Euro

vorsieht, die Anhebung der vereinfachten Miethöchstbeträge um 10 Prozent und die Anhebung der Tabellenwerte um 10 Prozent. Die Wohngelderhöhungen könnten dazu führen, dass rund 200.000 Haushalte von Erwerbstätigen nicht mehr auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind. Mit der Einführung einer pauschalen Hilfe bei den Heizkosten werden die Menschen von Kosten entlastet, gleichzeitig wird aber ein Anreiz geschaffen, mit Energie sparsam umzugehen.

Für die Betroffenen führt die Anpassung nach Berechnungen der SPD-Fraktion zu einer spürbaren Entlastung. Profitieren werden insbesondere Familien. So kann eine

Berliner Familie (Ehepaar mit zwei Kindern unter 12 Jahren, Haus aus den 70ern) mit fast 75 Prozent mehr Wohngeld rechnen (maximal 191 Euro statt 110 Euro heute), eine Alleinerziehende mit einem Kind unter 12 Jahren kann ein Plus von über 55 Prozent erwarten (im Neubau statt 97 Euro künftig maximal 151 Euro) und ein alleinstehender Rentner kann fast 50 Prozent mehr Wohngeld bekommen (im Neubau statt 88 Euro maximal 130 Euro).

Durch das Wohngeld müssen viele Menschen nicht ihre Wohnung aufgeben und in günstigere Viertel umziehen. Einer „Ghetto“-Bildung wird damit wirksam entgegen gesteuert. **BS □**

Veranstaltung:

Rechtsextremismus nicht dulden

Klaus Uwe Benneter lädt zur Diskussion: „Warum brauchen wir ein Verbot der NPD?“

Vor kurzem hat Innensenator Körting eine Studie des Verfassungsschutzes vorgestellt, die Räume rechter Gewalt in Berlin benennt. Schwerpunkt ist hiernach der in der Regel als weltoffen und tolerant bekannte Szenekiez Prenzlauer Berg, wo es zwischen 2003 und 2006 zu 37 Übergriffen mit rechtem Hintergrund kam.

Auf Basis dieser Zahlen zu behaupten, der braune Sumpf breite sich jetzt bis ins Zentrum unserer Stadt vor, wäre aber deutlich überzogen. Im Übrigen spielt es überhaupt keine Rolle, ob sich derartige Vorfälle in Lichtenberg, in Charlottenburg oder in Zehlendorf ereignen. Wenn es zu Angriffen auf Menschen mit anderer Hautfarbe, politischer Gesinnung oder sexueller Orientierung kommt, müssen wir entschieden und ohne zu Zögern eingreifen: Politiker aber auch Bürgerinnen und Bürger. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre es, die NPD endlich zu verbieten. Sie ist es, die das ideologische Rüstzeug liefert und insbesondere den Abgehängten und Enttäuschten in unserer Gesellschaft eine politische Heimat vorgaukelt.

Erst im Dezember war ich zu Gast bei N24 im Studio Friedman, wo wir darüber diskutiert haben, ob der Staat ohnmächtig gegen die Nazis ist. Nein, das ist er sicherlich nicht. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sollte aber nicht nur den Staat, sondern uns alle angehen. Wir alle müssen darauf Acht geben, dass wir rechtsextrêmes oder antisemitisches Gedankengut – auch im Verein oder am Arbeitsplatz, und auch wenn es sich „nur“ um Witze handelt – nicht dulden. Im Rahmen meiner Möglichkeiten werbe ich deshalb mit Entschlossenheit dafür, die NPD zu verbieten und den braunen Sumpf mit seinen Kameradschaften endlich auszutrocknen. Gleichzeitig müssen sich die demokratischen Parteien gemeinsam darum bemühen, auf die Sorgen und Ängste der Menschen deutlicher zu antworten. Nur so werden wir die Wählerinnen und Wähler am extremen rechten Rand wieder für die Demokratie gewinnen und in die Mitte der Gesellschaft zurückholen.

Klar ist, dass wir uns es nicht leisten können, in einem Verbotsverfahren noch einmal zu unterliegen. Das Bundesverfassungsgericht hat uns nicht umsonst bestimmte Auflagen gemacht, die wir jetzt umsetzen müssen: Das beinhaltet in erster Linie den Abzug aller V-Leute aus den Bundes- und Landesvorständen der Partei. Al-



Gegen NPD und rechte Gewalt: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter.

Foto: Tobias Wilke

Diskussion am 18. März

Warum brauchen wir ein Verbot der NPD? Diskussion mit Klaus Uwe Benneter, MdB, Dr. Ehrhart Körting, Senator für Inneres und einem Vertreter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Dienstag, 18. März, 18 Uhr

Ort: Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin (S-/U-Bhf. Rathaus Steglitz)

lein das Material, das Berlins Innensenator Körting über die NPD zusammengetragen hat, sollte nach meinem Verständnis bereits für ein Verbot ausreichen. Dann braucht man auch keine V-Leute in den Vorständen mehr. Einen Verbotsantrag können aber nur Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung stellen, wo es zur Zeit keine Mehrheit dafür gibt. Auch die neuerliche Befassung der Innenminister der Länder mit der Frage eines Verbots im Dezember 2007 hat zu keiner dahingehenden Einigung geführt. Der Beschluss, NPD-nahen Stiftungen und Vereinen den Geldhahn zuzudrehen, indem man ihnen die Gemeinnützigkeit aberkennt, war auf diesem Wege aber ein erster richtiger Schritt.

In der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder haben wir das Civitas-Programm ins Leben gerufen, das nun auch in diesem Jahr wieder 23 Millionen Euro für die Arbeit vor Ort erhält. Hier war die Diskussion mit der CDU nicht immer einfach. Entscheidend aber ist, dass die Projekte nun weitergehen. Aber nicht nur die Politik ist aufgefordert sich zu engagieren. Ein Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Politik und Gesellschaft gegen den braunen Sumpf ist die Verhinderung weiterer Neonazi-Aufmärsche zum Volkstrauertag in Halbe durch das vom Brandenburger Landtag verabschiedete Gesetz über

Versammlungen und Aufzüge an und auf Gräberstätten und den vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit initiierten Tag der Demokraten.

Auf die häufig aufgeworfene Frage, ob es unsere Demokratie nicht aushalten können muss, dass es eine Partei wie die NPD gibt sage ich ganz klar: Nein! Die politische Auseinandersetzung reicht nicht aus und kann das Problem nicht lösen. Wir müssen hier einen klaren Schnitt machen. Das sind Menschen, die den Kulturbruch befürworten, der im letzten Jahrhundert begangen wurde und durch den der Begriff der Menschenwürde für zwölf schreckliche Jahre seine Bedeutung verloren hatte. Die NPD stabilisiert und perpetuiert diesen Kulturbruch. Und da ist Schluss, da kann es keine verbale oder politische Auseinandersetzung mehr geben. Das sind Menschen, die etwas völlig anderes wollen. Die keine demokratische Gesellschaft wollen. Die kein parlamentarisches System aushalten wollen. Die andere Menschen nicht als Andersdenkende akzeptieren.

WIR HABEN AUS DER GESCHICHTE GELERNT

Wir brauchen das Verbot der NPD. Nicht weil wir die politische Auseinandersetzung scheuen. Sondern weil wir aus dem Kulturbruch der Nationalsozialisten gelernt haben.

Was sich die NPD im Dezember letzten Jahres in der Lichtenberger BVV geleistet hat, ist unerhört. Sie will den Anton-Saefkow-Platz am Fennpfuhl in Waldemar-Pabst-Platz umbenennen – nach jenem Offizier, der die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angeordnet hat. Sie begründet das in dem Antrag damit, dass Pabst mit seinem „mutigen Einsatz“ dem deutschen Volk viel Leid erspart habe. Wer will angesichts derartiger Unverbesserlichkeit noch ernsthaft über ein Verbot diskutieren?

Nicht über das ob, sondern über Mittel und Wege möchte ich im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus diskutieren, die wie in jedem Jahr vom Verein Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. organisiert wird und unter der Schirmherrschaft von Gerhard Schröder steht. Hierzu möchte ich Euch herzlich einladen. Lasst uns gemeinsam diskutieren und damit für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland Gesicht zeigen!

Klaus Uwe Benneter □

FRAKTION INTERN

„Umgang mit Geld muss gelernt werden“. Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses setzt sich für den Ausbau der Schuldnerberatung ein - auch an Schulen.

Die Zahlen im aktuellen Schuldneratlas sind alarmierend: 15,3 Prozent der Berliner gelten als überschuldet oder weisen zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Bei den 20- 29-Jährigen liegt die Schuldnerquote 2007 bereits bei 8,6 Prozent.

In den letzten drei Jahren war ein Anstieg von über ein Prozent feststellbar. Nachdem das Budget für die Schuldnerberatung im letzten Jahr bereits um 500.000 Euro aufgestockt wurde, fordert nun die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ülker Radziwill als weitere Konsequenz mehr Aufklärung vor den Risiken einer Überschuldung an den Berliner Schulen.

„Gerade Jugendlichen scheint der richtige Umgang mit Geld nicht rechtzeitig vermittelt zu werden“, so Ülker Radziwill. Da gerade Überschuldung schon in jungen Jahren gefährlich ist, soll nun ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden, das es den Lehrerinnen und Lehrern erlaubt, geschultes Personal der Schuldner- und Insolvenzberatungen in den Unterricht einzuladen.

Auch Jugendfreizeiteinrichtungen und Nachbarschafts- und Stadtteilzentren sollten laut Radziwill das Thema mehr thematisieren und entsprechende Kurse mit Hilfe der Schuldner- und Insolvenzberatungen anbieten. „Ein bewusster Umgang mit Geld muss gelernt werden. Wenn das Elternhaus dazu nicht in der Lage ist, ist die Schule der geeignete Ort dafür, um das Bewusstsein vor den Risiken der Überschuldung zu schärfen“, sagt Radziwill.

Einladung zum Fachgespräch (Vor) Sorge um unsere Kinder. Vorsorgeuntersuchungen sind wichtig. Sie geben nicht nur Auskunft darüber, ob ein Kind gesund und dem Alter entsprechend entwickelt ist, sondern sie sind auch wichtig für den Kontakt zwischen Eltern und Ärzten. Doch leider nimmt die Teilnahme an diesen Untersuchungen ab, je älter die Kinder sind.

Mit Experten von Krankenkassen, mit Hebammen und Kinderärzten diskutiert die SPD-Fraktion am kommenden Donnerstag Möglichkeiten, wie die Vorsorgeuntersuchungen bekannter gemacht werden können und wie die Teilnahme verbessert werden kann. **TM** □

➔ (Vor)Sorge um unsere Kinder, Donnerstag, 6. März 2008, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte

Paula Kapelle wurde 100

1908 absolvierte die deutsche Fußballnationalmannschaft ihr erstes Länderspiel, Hans Grade überwand 100 Meter beim ersten Motorflug in Magdeburg, Kaiser Wilhelm II. löste die Daily-Telegraph-Affäre aus - und unsere Genossin Paula Kapelle aus der Abteilung Schöneberg (Tempelhof-Schöneberg) erblickte das Licht der Welt.

Seit 56 Jahren ist Paula nun Mitglied in unserer Partei und schwärmt heute noch von Willy Brandt. Diese Gemeinsamkeit teilte sie mir ihrem Mann Rudolf, mit dem sie fast 50 Jahre verheiratet war - die beiden hatten sich in den Zwanzigern bei der Hausmusik kennen gelernt. 1944 verließ Paula Berlin, um im Schutz vor den Bombenangriffen im thüringenschen Elgersburg ihre Tochter zur Welt zu bringen. Nach 1945 arbeitete die Absolventin der Handelsschule bis zu ihrer Pensionierung Ende der 60er in der Personalabteilung der BVG.



links nach rechts Anett Baron, Paula Kapelle, Andreas Baldow, im Hintergrund Dilek Kolat

Vollzeit versteht sich, obwohl das seinerzeit nicht üblich war als Frau im Beruf „den Mann zu stehen“.

Heute lebt Paula mit ihrer jüngeren Schwester (93!) in einer Damen-WG zusammen. Paula wundert sich selber, dass sie so alt geworden ist. Aber das liegt sicherlich an ihrem unerschütterbaren Optimismus ... **Anett Baron** □

ZUM BEISPIEL...

Kurt Ottenberg

60 Jahre ist Kurt Ottenberg jetzt SPD Mitglied. Im Februar erhielt der Wilmersdorfer die Silberne Willy-Brandt Medaille.

Kurt Ottenberg wurde 1929 in Wilmersdorf geboren, in einem turbulenten Jahr, in dem sich am 1. Mai trotz Verbotsschließungen kommunistische Demonstranten heftige Straßenkämpfe mit der Polizei lieferten, die 31 Todesopfer forderten. Unruhe gab es auch bei den Bauern, die sich über ihre schlechte wirtschaftliche Lage mit einigen Attentaten Luft machten.

Nach den überstandenen Kriegswirren lernte Kurt Ottenberg beim Bezirksamt Wilmersdorf am Fehrbelliner Platz die Verwaltung kennen, eine bestimmt spannende und zu der Zeit auch erlebnisreiche Lehre im Rathaus. Als ausgebildeter Verwaltungsangestellter, inzwischen 19, gründete Kurt Ottenberg mit vielen Gleichgesinnten am 1. Januar 1948 die erste Abteilung der Nachkriegs SPD im Bezirk Wilmersdorf.

In der Abt. 9/1, die sich vor einigen Jahren mit der Abt. 9/8 zusammentat und nun Abt. Wilmersdorf Süd-Ost heißt, hatte Kurt Ottenberg mehrere Ämter inne. Viele Jahre war er Werbebeisitzer, Jahrzehnte mit Klaus Schütz, Harri Wuttke, Hans Naulin u.v. a. Kreisdelegierter (auch unter dem damaligen Kreisvorsitzenden Willy Brandt) und schon seit vielen Jahren ist er - bis heute - Mitglied der Kreisschiedskommission.

Jahrzehnte war Kurt Ottenberg als aktives Vorstandsmitglied in der SPD-Betriebsgruppe im Bezirksamt Wilmersdorf tätig.



Seit 36 Jahren, bis heute, ist er ehrenamtliches Mitglied (früher Leiter) einer Schiedskommission. Für diese Verdienste verlieh ihm der Bezirk Wilmersdorf vor vielen Jahren die Bürgermedaille. Ebenfalls seit 36 Jahren ist er auch

im Städtepartnerschaftsverein Wilmersdorf Mitglied. Er war und ist weiterhin an vielen Aktivitäten beteiligt. Dass er bei der SPD AG 60plus mitmacht, ist für ihn selbstverständlich.

Gerne denkt er noch heute an seine aktive Fußballzeit zurück. Als Jugendlicher hat er lange Zeit beim Wilmersdorfer Fußballverein BSV 92 gespielt, nach seiner „aktiven Zeit“ betreute er viele Jahre die Jugendabteilung dieses Vereins

Egal wie die Wetterlage ist, der fast 80jährige Kurt Ottenberg ist dem Fußball treu geblieben. Als Zuschauer trifft man ihn alle 14 Tage (er ist Inhaber einer Dauerkarte) bei den Heimspielen von Hertha BSC im Olympiastadion an. An Sonntagen treibt er sich auf Sportplätzen der Vereine BSV 92 und Wilmersdorfer SC herum, oft auch mit seinem Sohn Peter. Wo Peter tätig ist? Natürlich im Rathaus Wilmersdorf, Vorsteher im Büro der Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Büro). Lieber Kurt, nochmals herzlichen Glückwunsch zur Ehre und weiterhin alles Gute, vor allem beste Gesundheit. **Lothar Duclos** □



Eine rauschende Ballnacht oder „Alles Walzer, Genossen!“ rief die Genossin - dieser Aufforderung folgten am 9. Februar 150 Gäste und feierten gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen der SPD Friedenau den ersten Friedenau Ball im stimmungsvoll geschmückten Schlesiensaal des Rathauses Friedenau!

Nachdem der Abend von den kleinen Tänzern der 39. Grundschule eröffnet worden war tanzten die Gäste bis in die frühen Morgenstunden, genossen das leckere Buffet und bewunderten die beiden Tanzshows der Paare des Blau-Silber Berlin Tanzsportclub e.V., die allen noch einmal zeigten, wie Tanzen aussieht, wenn man es in Perfektion beherrscht.

Foto: Angelika Lenz

Wahlen, Wahlen, Wahlen

Ergebnisse aus Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften

Derzeit finden in Abteilungen und Kreisen der Berliner SPD Vorstandswahlen statt. Einige der uns mitgeteilten Ergebnisse:

Auf der Jahreshauptversammlung der **Abt. Südost, Charlottenburg-Wilmersdorf**, kandidierte die langjährige Abteilungsvorsitzende Stefanie Winde nicht mehr, ihr Abgeordnetenhausmandat (u.a. gesundheitspolitische Sprecherin) füllt sie sehr aus. Sie bleibt jedoch Stellvertreterin. Neuer Vorsitzender ist Dr. Georg Dybe. Weitere stellvertretende Vorsitzende sind Ulrike Gleining und Bernd Kubiessa. Wiedergewählt wurden Hans-Jürgen Reineke (Kasse) sowie Holger Wuttig (Schriftführer).

In der **Abteilung 1 Mitte, Rosenthaler Vorstand** fanden am 20.2. die Abteilungswahlen statt. Mit großer Mehrheit wurde Ulrich Davids wieder zum Vorsitzenden gewählt. Seine - nun drei - Stellvertreter sind Angela Fried, Dr. Eva Högl und Kai Mühlstädt. Monika Mergner wurde fast einstimmig wieder zur Kassiererin und Rüdiger Schubert als Schriftführer gewählt. Frank Boermann der nicht mehr für den Stellvertreterposten kandidierte, wurde einstimmig für den stellvertretenden Kreisvorsitzenden nominiert.

Die **SPD Schillerpark** (Kreis Mitte) hat mit Lars Neuhaus einen neuen Vorsitzenden. Er löste Bruni Wildenhein-Lauterbach ab, die das Amt 18 Jahre inne hatte und nun gemeinsam mit Stefan Kurth stellvertretende Vorsitzende ist. Kassiererin ist Claudia Sucker, Schriftführerin Marion Bölter. Heidemarie Fischer ist ebenfalls aus dem GAV ausgeschieden und jetzt Beisitzerin für Senioren.

Einen Wechsel gab es an der Spitze der **Abteilung 10 der Neuköllner SPD**. Matthias Albrecht löste Petra Hildebrandt ab, die vor sechs Jahren „in der Mitte Neuköllns“ als Vorsitzende gewählt worden war und auf der Jahreshauptversammlung am 19. Februar nicht mehr für den Vorsitz kandidierte. Stellvertreter/in wurden Doris Meier und Wolfgang Hecht. Im

Amt des Kassierers wurde Ernst Wilhelms bestätigt. Als Schriftführerin wurde Derya Demir gewählt.

Die **SPD Prenzlauer Berg NordOst** bestätigte ihren Vorsitzenden Thomas Keller. Zu Veränderungen kam es im Geschäftsführenden Abteilungsvorstand nur auf dem Posten des Schriftführers. In dieses Amt wurde Ulrich R. Koch neu gewählt. Stellv. Abteilungsvorsitzende bleiben Esther Todten und Mario G. Monk, Kassierer Tim Karberg.

Die **SPD Karow-Buch (Pankow)** hat Ralf Hillenberg als Abteilungsvorsitzenden wiedergewählt. 1. Stellvertreter ist Francis Schustakowski, 2. Stellvertreterin die bisherige Kassiererin Angela Jelen, Kassierer der bisherige stellvertretende Vorsitzende Uwe Ganzel, Schriftführerin Kerstin Hillenberg.

Die **SPD Friedenau** (Tempelhof-Schöneberg) bestätigte die bisherige Vorsitzende Elke Ahlhoff mit 42 Stimmen, auf ihren Gegenkandidaten Andreas Nürnberger entfielen 25 Stimmen. Stellvertreter sind Eddi Hellmich, Martina Reichhardt und Antje Schwarzer, Kassierer bleibt Jürgen Kaapke, Schriftführer ist Ben Plank.

Die SPD-Abteilung **Neu-Westend** (Charlottenburg-Wilmersdorf) hat den bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden Robert Drewnicki mit großer Mehrheit als Nachfolger von Rainer Lampe, der nicht wieder kandidierte, zum Vorsitzenden gewählt. Zu den Stellvertreterinnen wurden Gunhild Schaeffer-Dohrmann und die bisherige Beisitzerin Angela Fortong gewählt. Mit überwältigenden Mehrheiten wiedergewählt wurden der Abteilungskassierer Joachim Kuntze und der Schriftführer Alexander Sempf.

Auf der Jahreshauptversammlung der **AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf** wurde als Kreisvorsitzender Werner Kleist gewählt, Stellvertreterinnen sind Ursel Ortman und Gunhild Schaeffer-Dohrmann, Schriftführer ist Lothar Duclos.

➡ Ergebnisse bitte an: berliner.stimme@spd.de

90 Jahre Frauenwahlrecht:

„Wir haben die Wahl“

Canan Bayram fordert

„Zukunftsoffensive für Frauen“

Am 30.11.1918 wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt. Seitdem sind fast 90 Jahre vergangen. Wie viele Bundeskanzlerinnen konnten wir seitdem wählen? Wie viele Ministerpräsidentinnen sind zur Wahl angetreten?

Zum Glück werden es mehr und sie können Stimmen gewinnen! Wie viel weibliche SPD-Vorsitzende konnten wir wählen? Die Zahlen beeindrucken kaum.

Es wundert nicht, dass in Ahnengalerien zu oft Männerporträts hängen, die von den Wänden auf uns herabschauen. Sie sind Mahnung und Herausforderung zugleich. Mahnung: Freiwillig werden wir Euch die Räume nicht überlassen! Herausforderung: Eigentlich ist doch rechtlich schon alles getan, um den Frauen die Hürden aus dem Weg zu räumen, oder?

Ich denke, dass es noch viel zu tun gibt, damit Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft die gleichen Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten haben, wie es für Männer selbstverständlich ist. Vor allem sollten wir bei uns selbst, d.h. in der Partei schauen: Was macht uns für junge Mädchen und Frauen attraktiv bzw. was hält sie davon ab, sich in der SPD zu engagieren?

Demokratie statt Patriarchat bis in die kleinste Einheit. Parteistrukturen müssen so gestaltet werden, dass sie frauengerechter sind. Wir brauchen Frauen aus ganz unterschiedlichen Lebenssituationen. Das heißt auch, dass wir die Frauen für ihre Leistungen anerkennen und ihnen den Platz in unserer Mitte anbieten.

Praktisch heißt das: Frauen in der politischen Arbeit gezielt unterstützen und fördern. Wir brauchen eine „Zukunftsoffensive für Frauen“ in der Berliner SPD.

Canan Bayram ☐



Canan Bayram ist frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

18. März:

Demokratische Tradition

Volker Schröder wirbt für Gedenktag am 18. März

Auch in diesem Jahr wird es am Nachmittag des 18. März eine Gedenkstunde am Brandenburger Tor und am Abend eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen geben. erinnert wird damit an die Revolution von 1848. Initiator ist Volker Schröder, Sprecher der „Aktion 18. März“, deren Schirmherrschaft in den siebziger Jahren die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz und der frühere Berliner Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz übernommen hatten.

Berliner Stimme: Herr Schröder, vor dreißig Jahren ist die „Aktion 18. März“ mit der Idee eines gemeinsamen Nationalfeiertags in West- und Ostdeutschland an die Öffentlichkeit getreten. Seit acht Jahren gibt es nun in Berlin immerhin einen „Platz des 18. März“. Warum war es so schwer, eine Würdigung dieses historischen Ereignisses zu erreichen?

Volker Schröder: In Deutschland gibt es - außer im Südwesten - wenig Erinnerung an die Revolution von 1848. Während in USA der Unabhängigkeitstag oder in Frankreich der 14. Juli jedem Bürger als herausragendes Datum bekannt ist, wissen in Deutschland mit dem 18. März als Datum auf Anhieb nur wenige Menschen etwas anzufangen. Insofern mussten wir viel Aufklärungsarbeit leisten. Das Erfreuliche aber ist, dass nach längerer Diskussion sehr viel positive Reaktion kommt. Oft höre ich: „Ja, der 18. März wäre als Nationalfeiertag viel besser geeignet als der 3. Oktober.“

Berliner Stimme: Was ist für Sie persönlich das Besondere an diesem 18. März 1848?

Volker Schröder: Immerhin musste der König seinen Hut ziehen. Es war ein kurzer Sieg der Freiheitskämpfer. Der 18. März steht symbolisch für den Völkerfrühling. Es war Aufbruchsstimmung in Europa. Das „Es kommt dazu trotz alledem, dass rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht“ von Freiligrath atmet einen Geist, an den es anzuknüpfen gilt.

Berliner Stimme: Die „Aktion 18. März“ wirbt weiter für einen Gedenk- und Feiertag am 18. März?

Volker Schröder: Sage mir, welche Traditionen Du pflegst und ich sage Dir, wer Du bist. Ich möchte gerne einem Volk angehören, dass demokratische Traditionen pflegt und sich vor revolutionärem Geist nicht fürchtet. Bei allem Respekt für die materiellen Errungenschaften des Kapitalismus: Wir sind an einem Punkt angekommen, wo neue Wege gesucht werden müs-



Engagiert sich für einen Gedenktag am 18. März: Volker Schröder Foto: Rainer Zunder

sen. Mit Brecht: „Anmut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, dass ein gutes Deutschland blühe, wie ein andres gutes Land.“ Keine Revolution mit Mord und Totschlag. Damit wird die Welt nicht geändert. Ich glaube mit Ernst Wichert: Nur wer die Herzen bewegt, bewegt die Welt.

Berliner Stimme: Welche Unterstützung erhoffen Sie sich?

Volker Schröder: Wir haben schon jetzt überparteilichen Zuspruch auf Bundesebene. Und was mich besonders freut: Aus Ungarn kommt Unterstützung. In Ungarn ist der 15. März Nationalfeiertag. Die Medien müssten den 18. März würdigen. Nur der rbb hat in den letzten Jahren im Rahmen der Abendschau ganz kurze Beiträge gebracht. Die nationale Bedeutung wurde noch nicht erkannt. Aber vielleicht gibt es in diesem Jahr einen März-Beitrag in der Tagesschau, einen mehrseitigen Bericht im Spiegel und in den überregionalen Tageszeitungen. Das erhoffe ich mir: eine breite Diskussion, die schlussendlich dazu führt, dass der Bundespräsident - er ist für Gedenktage zuständig - den 18. März als „Tag der Märzrevolution“ zum nationalen Gedenktag erklärt. **Fragen: Ulrich Horb** □

➡ Gedenkstunde auf dem Platz des 18. März um 15 Uhr am 18.03.2008, Begrüßung: Dr. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister.

➡ Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Volkspark Friedrichshain, um 17 Uhr am 18.03.2008, Begrüßung: Dr. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister. Grußwort u.a. von Karin Seidel-Kalmutzki, Vize-Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses.

Historiale: Geschichte mit Pulverdampf

Heftige Kämpfe tobten 1848 auch in Berlin. 1998, zum 150. Jahrestag der Märzrevolution, hatte Volker Hobrack als Vorsitzender der Gedenktafelkommission des Bezirks Mitte dafür gesorgt, dass zwölf Barrikadenstandorte mit gusseisernen Tafeln markiert wurden. In diesem Jahr sorgt der Verein „Historiale“, dessen 2. Vorsitzender Volker Hobrack ist, dafür, dass auch die Barrikaden selbst und der Pulverdampf wieder sichtbar werden.

Da wo heute die Galeria Kaufhof am Alexanderplatz steht, richteten vor 160 Jahren preußische Soldaten ihre Gewehre auf die Revolutionäre. Die Barrikadenkämpfe sollen jetzt im Rahmen eines sechstägigen Geschichtsfestivals vom 17. März an den Originalschauplätzen erlebbar werden. Organisiert vom Verein „Historiale“ gibt es ein umfangreiches Programm. Dazu gehört das Nachstellen der Barrikadenkämpfe durch mehr als 80 Schauspielerinnen und Schauspieler (18. März, Alexanderplatz, 18.48-21 Uhr) ebenso wie die Aufbahrung der Märzgefallenen in 183 Särgen auf dem Gendarmenmarkt (Sonnabend, 22. März, 12.00 bis 15.00 Uhr, Gendarmenmarkt). Daneben gibt es zahlreiche Vorträge und Lesungen. **BS** □

➡ Das vollständige Programm im Internet: www.historiale.de

Kulturforum:

Immobilien für die Kultur

Zu einer Diskussion über kulturelle Infrastruktur und Liegenschaftspolitik lädt das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie am 3. März.

Der Liegenschaftsfonds Berlin, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Landes Berlin, wurde 2001 gegründet. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfassen, bewerten, bewirtschaften und vermarkten mehr als 5000 landeseigene Immobilien in der Stadt. Spektakulärster Handel im Bereich der Kultur: Das frühere Metropol-Theater an der Friedrichstraße in Mitte wurde wieder zum Admiralspalast. Im September 2007 haben sich Liegenschaftsfonds und der Verein ExRotaprint verständigt, das Grundstück Gottschedstraße 4 des ehemaligen Rotaprint-Geländes im Wedding an zwei Stiftungen zu verkaufen. Vor Ort wird darüber diskutiert. **BS** □

➡ Treffpunkt: Montag, 3. März, 19.30 Uhr, ExRotaprint, Gottschedstr. 4, Berlin (Wedding)

Finanzen:

Länderfusion mit vernünftiger Aussteuer

Dr. Hans Willi Weizen: Entschuldung bei Vereinigung

Die gemeinsame Kommission von Bundesrat und Bundestag, die über die Reform der Finanzverfassung debattiert, biegt nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg auf die Zielgerade ein. Die Interessen gerade hinsichtlich einer härteren Schuldenschanke in den Verfassungen sind verschieden. Eigentlich sind alle dafür, die hochverschuldeten Länder wie Berlin aber nur, wenn zuvor ihr Schuldenberg abgetragen wird. Bund und einige wohlhabende Länder zeigen wenig Neigung dazu, am allerwenigsten für Berlin.

LÄNDERFUSION BESTRAFEN ?

Eine gerne totgeschwiegene strukturelle Ursache dafür, daß mangels hinreichender Größe und Leistungsfähigkeit so viele Länder die ihnen obliegenden Aufgaben nicht ohne Schuldenberge erfüllen, ist der antiquierte, historisch zufällige Zuschnitt des Bundesgebiets in sechzehn Länder.

Der Finanzausgleich bestraft insbesondere Stadtstaaten hart, die versuchen, diesen Zuschnitt durch Fusion mit ihrem Umland zu verbessern und damit den Artikel 29 des Grundgesetzes endlich zu beachten. Daher wurden die finanziellen Rahmenbedingungen einer Fusion von Berlin und Brandenburg, bevor die Volksabstimmung 1996 an Brandenburgs ländlichem Rand scheiterte, übergangsweise etwas weniger hart geregelt. Diese Regelungen bedeuteten für Berlin letztlich doch den Verlust der Milliarden aus der Stadtstaatenwertung.

Sie müssen heute insbesondere mit Blick auf die offenkundige Finanzkrise Berlins und die latente Finanzkrise Brandenburgs kritisch betrachtet werden. Die Regelungen des Jahres 1994 waren nur in der unbegründeten Euphorie Mitte der neunziger Jahre denkbar, die Berlin als besondere Orchidee in hektisch blühenden östlichen Landschaften sah.

Unverzichtbar sind die etwa 2 Milliarden €, die Berlin durch die Stadtstaatenwertung im Länderfinanzausgleich zufließen. Wenn man von den 2,504 Mrd. €, die Berlin im Jahr 2005 durch Ausgleichszuweisungen anderer Länder erhielt, einmal 2 Mrd. € als durch die Stadtstaatenwertung bedingt ansieht, dann wären das 9,1 % aller Einnahmen Berlins. Ein Jahrzehnt nach der gescheiterten Volksabstimmung ist unvorstellbar, daß dem Haushaltsnotlageland Berlin weitere Einnahmeverluste in dieser Größenordnung zugefügt würden, wenn es sich mit dem Nachbarland vereinigt.



Gescheiterter Versuch: Werbematerial für die Länderfusion 1996.

Auch wenn Kosten der Kleinheit seit dem Solidarpaktfortführungsgesetz 2005 deutlich weniger entgolten werden (Berlin 43,46 Mio. €, Brandenburg 55,22 Mio. €), summieren sich die fast 100 Mio. € über die Jahre. Wenn man nicht mehr klein genug ist, fallen sie auch weg. Die seinerzeit vereinbarte abschließende einzige Einmalzahlung wäre nur ein völlig unzureichendes Trostpflaster. Zudem fiel mittlerweile auch die verbesserte Einwohnerwertung weg, die Brandenburg seit 2005 wegen dünner Besiedelung erhält.

LÄNDERFUSION BELOHNEN !

Ein erneutes Aufgebot setzt um so mehr eine vernünftige Mitgift voraus. Der gegenwärtige Finanzausgleich kennt keine Anreize zur Länderfusion, sondern nur Pönalen. Anreize ließen sich in unterschiedlicher Art denken.

Eine abgesenkte Einwohnerwertung beispielsweise zwischen den brandenburgischen 103 und den Berliner 135. Dagegen spricht, daß in Berlins finanzieller Lage auch nicht auf Teile der Stadtstaatenwertung verzichtet werden kann. Denkbar wäre auch, daß eine Bundesergänzungszuweisung als Ausgleich für den Verlust der speziellen Einwohnerwertungen beider Länder erfolgt. Dagegen spricht, daß Bundesergänzungszuweisungen in der Realität schon das dominierende Element des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sind, hingegen in der verfassungsgerichtlichen Theorie eher randständig sein sollten und

zudem die wichtigste bis 2019 auf Null zusammengestrichen wird.

EINWOHNERWERTUNG GEGEN ENTSCULDUNG TAUSCHEN

Ein möglicherweise gangbarer Weg wäre eine zumindest teilweise Entschuldung beider Länder. Vergleicht man in Berlins Haushalts- und Vermögensrechnung für 2005 die Gruppierungskennzahl 212 Allgemeine Zuweisungen von Ländern mit ihren 2,504 Mrd. € mit der 575 Zinsausgaben für sonstige Kreditmarktmittel mit 2,381 Mrd. €, dann fällt auf, daß der einnahmeseitige Effekt des Länderfinanzausgleichs ungefähr dem ausgabeseitigen Effekt der Kreditzinsen entspricht. Was Berlin aus dem Länderfinanzausgleich erhält, ist zum weitaus überwiegenden Teil der Stadtstaatenwertung seiner Einwohnerzahl geschuldet. Würde beides zugleich im Berliner Haushalt entfallen, dann würden sich die Effekte aufheben. Wenn Berlins Schulden vollständig in den Erblastentilgungsfonds übernommen würden, entfielen die Zinsen in Berlins Haushalt.

Die sukzessive Tilgung der in den Erblastentilgungsfonds übernommenen Schulden könnte erfolgen, indem die befristet weiter nach der Stadtstaatenwertung berechneten oder auf den Stand bei Länderfusion eingefrorenen Zahlungen der Zahlerrländer dafür zweckgebunden werden. Die Zinsen könnten durch eine befristete und degressive Fusions-Bundesergänzungszuweisung getragen werden. Diese könnte teilweise durch Umwidmung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten der Kleinheit refinanziert werden. Umgewidmet werden sollten nicht nur die bislang Berlin und Brandenburg zufließenden, sondern alle derartigen Bundesergänzungszuweisungen. So können auch die Nichtzahlerländer zur Länderneugliederung des Bundesgebiets ein wenig beitragen und ein dafür kontraproduktives – zudem dem Artikel 29 GG auch noch aktiv entgegenwirkendes – Element des bundesstaatlichen Finanzausgleichs konforme gemacht werden.

Bei einer nicht vollständigen, sondern nur teilweisen Entschuldung, die jedoch zumindest deutlich unter Länderdurchschnitt führen müßte, um einen Anreiz zu bieten, würde sich das Modell komplizierter gestalten. Eine Entschuldung der teilnehmenden Länder in dem Umfang, daß

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Ausgaben für Zinsen mindestens in Höhe der Einnahmen aus der Stadtstaatenwertung bzw. der Einwohnerwertung für dünnbesiedelte Länder dauerhaft vermindert werden, erscheint der sinnvollere Weg. Die vollständige Entschuldung könnte mit einem Verschuldungsverbot verbunden werden.

**FRISCHES GELD NUR BEI
LÄNDERFUSION**

Wenn Zahlerländer, die gegenwärtig frisches Geld anbieten, um eine konditionierte Entschuldung hochverschuldeter Länder zu finanzieren, dies auch an eine Länderfusion binden würden, bekämen sie einen dauerhaften strukturellen Effekt zusätzlich zu schönen Worten auf dem Papier von Verfassungen. Zudem ginge eine Entschuldung insbesondere der Stadtstaaten Berlin

und Bremen nach obigem Modell deutlich schneller vonstatten. Noch schneller ginge es, wenn der Bund sich nicht länger verweigern würde. Warum nicht beispielsweise das Aufkommen des Solidarzuschlages ganz oder teilweise nutzen, um – fusionswillige – ostdeutsche Länder zu entschulden?

Der Senat ist unabhängig davon aufgefordert, durch eine Bundesratsinitiative endlich eine solide finanzielle Regelung für eine Fusion mit Brandenburg auf den Weg zu bringen. Die völlig unzureichende und ruinöse Regelung aus dem letzten Jahrhundert, deren befristeter Geltungszeitraum zudem bereits ungenutzt weitgehend verstrichen ist, muß ersetzt werden. Wer immer mal wieder von Fusion redet, muß hier endlich auch handeln und seine Hausaufgaben machen. Eine Finanzausgleichsnovelle – und auch ein neuer Neugliederungsvertrag – helfen der Fusion eher als

Berliner Sonntagsreden vor tauben brandenburgischen Ohren. Wer eine vernünftige Aussteuer besorgt, steht nach allgemeiner Lebenserfahrung weniger lange heulend vor dem Altar. Eine solche Finanzausgleichsnovelle könnte auch dem gegenwärtig drohenden Ausschluß Berlins aus einer Entschuldung entgegenwirken. Die intellektuelle Potenz des Finanzsenators sollte hierfür statt für kulinarische Initiativen genutzt werden.

Hans Willi Weitzen □

➡ Ausführlicher finden sich diese und weitere Vorschläge in: Hans Willi Weitzen: Berlin in der Finanzkrise – Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berliner Wissenschaftsverlag Oktober 2007, ISBN 978-3-8305-1445-9.

**Europapolitik:**

Lissabon-Verträge: Wer fragt bei uns das Volk?

Jürgen Müller zur europäischen Verfassungsdebatte

Die große Mehrheit der Europäer will die EU, das Vereinte Europa. Die EU, die in den vergangenen fünf Jahrzehnten den Frieden gesichert hat und Europa zum Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell gemacht hat. Darauf können wir Europäer stolz sein. Und so wird auch die Integration der 2007 aufgenommenen zehn weiteren Staaten trotz aller Schwierigkeiten gelingen, denn wir alle sind Europäer.

Nachdem vor zweieinhalb Jahren das französische und auch das niederländische Volk den Entwurf der EU-Verfassung abgelehnt hat, haben nun am 18./19. Oktober 2007 die 27 EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon eine geänderte endgültige Fassung des EU-Vertrages unterzeichnet.

Dieser Lissabonner Vertrag, dessen Artikel auf früheren Verträgen basieren (Römische Verträge, Maastricht, Amsterdam, Niцца) soll nun nicht mehr den Völkern der Europäischen Staaten zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt werden, sondern durch Ratifizierungsverfahren in den jeweiligen Staaten von den Parlamenten verabschiedet werden.

Nur die Irische Verfassung schreibt vor, dass die Abtretung von nationaler Souveränität an eine übergeordnete Institution (EU) allein durch das irische Volk – als einzigem Träger der nationalen Souveränität – abgetreten werden kann. Das Referendum wird wahrscheinlich im Mai/Juni stattfinden.

Und in Deutschland? Wir sind zwar das

Volk, aber gefragt werden wir nicht. Wir werden nicht einmal informiert über das, was auch von unserer Regierung im Oktober in Lissabon unterschrieben wurde. Bei der EU-Info am Pariser Platz in Berlin war ein Exemplar des Lissabon-Vertrages nicht zu bekommen. Dortiger Kommentar: Die Bundesregierung sei zuständig.

FÜR 44,90 EURO ZU KAUFEN

Der Vertrag wurde dann am 17.12.2007 im Amtsblatt veröffentlicht. Er umfasst 274 Seiten und kann für 44,90 EUR erworben werden.

In diesem umfangreichen Vertragswerk und ebensovielen Protokollen, die juristischen Wert besitzen, werden wesentliche demokratische und soziale Veränderungen im Zusammenleben der Europäer geregelt. Da geht es um den Binnenmarkt, Wettbewerbsrechte, Privatisierungen der Öffentlichen Dienste, Subventionen und öffentliche Beihilfen, Begrenzung der Haushaltsdefizite, Beschäftigungspolitik und natürlich um die Zuständigkeiten in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Dies alles wurde bisher im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949 in Kraft getreten ist, für uns geregelt.

Im September 1948 traten die 70 Mitglieder des dafür gebildeten Parlamentarischen Rates zusammen, um im Auftrag der westlichen Alliierten den Entwurf für ein Grundgesetz zu erarbeiten, der dann am 8. Mai 1949 mit 53 zu 12 Stimmen verabschie-

det wurde (die 5 Berliner waren nicht stimmberechtigt).

In nur gut einem halben Jahr haben die Mütter und Väter unserer Verfassung dafür Sorge getragen, dass wir 60 Jahre mit diesem Grundgesetz in Frieden lebten und Deutschland nach den Fehlern der Weimarer Republik und den Verbrechen der Nazizeit – sich zu einer streitbaren Demokratie entwickeln konnte. Zu den 70 Altvorderen des Parlamentarischen Rates gehörten Sozialdemokraten wie Carlo Schmid, Erich Ollenhauer, Paul Löbe und Ernst Reuter, aber auch Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und Thomas Dehler.

Wir wollen, dass Europa zusammenwächst und wir wollen ein europäisches Parlament, das die Integration fördert. Dafür brauchen wir auch eine Europäische Verfassung.

Aber wenn wir aufgeben sollen, was unsere Altvorderen in allen Europäischen Ländern so vernünftig geregelt haben, dann will ich wissen, warum es geht und ich will darüber mitdiskutieren.

Deshalb kann es nicht sein, dass unsere Bundestagsabgeordneten im April/Mai dieses Jahres entscheiden, ohne in den Gremien der SPD, den Gewerkschaften, in öffentlichen Versammlungen, in den Medien mit für alle verständlichen Gegenüberstellungen deutlich gemacht zu haben, was in den Verträgen von Lissabon festgelegt wurde, und wo dadurch unser Grundgesetz (und auch andere nationale Gesetzgebungen) verändert und außer Kraft gesetzt werden.

Jürgen Müller □

Bildung:

Erfahrung und Ermutigung

Professor Ulrich-Johannes Kledzik und die sozialdemokratische Bildungspolitik (Teil 4)

1968 wird in Berlin mit der Walter-Gropius-Schule die erste Gesamtschule der Bundesrepublik eröffnet. Die Erwartungen der Bildungsreformer sind hoch: Die Gesamtschule soll Chancengleichheit herstellen, sie soll anders als das dreigliedrige Schulsystem mit seiner frühen Auslese mehr Schüler fördern und für eine größere Zahl von besseren Abschlüssen sorgen.

Berlin nimmt in dieser Entwicklung - auch dank der Vorarbeiten des sozialdemokratischen Schulsenators Carl-Heinz Evers etwa durch die Aufnahme der Gesamtschule in das Schulgesetz - eine Vorreiterrolle ein. Hier entstehen in den siebziger Jahren dreizehn Gesamtschulen in Bildungszentren, weitere zehn in Altbauten. „Das durch die Steigerung der Schülerzahl in der 7. bis 10. Jahrgangsstufe um mehr als 50 % in den Jahren zwischen 1970 und 1975 bedingt größte kommunale Hochbauprojekt Berlins seit Ende des Zweiten Weltkriegs bietet die Chance, nicht allein einer vorgegebenen Bedarfslage zu entsprechen, sondern auch strukturell, curricular und in Abstimmung mit dem baulichen Entwurf den Ansatz zu einer Sekundarstufe I als integrierte Schule für etwa ein Viertel der Schüler dieser Altersstufe zu wagen“, so Ulrich Kledzik, ab 1972 Leitender Oberschulrat und mit seinem Kollegenteam Rohde, Kaiser und Seiring pädagogisch zuständig für die Sekundarstufe I. Zwischen 1974 und 1975 werden in Serienbauweise für rund 620 Millionen Mark dreizehn so genannte Mittelstufenzentren gebaut, die als Bildungszentren für Gesamtschulen (7. bis 10. Klasse) wie auch für außerschulische Nutzung (Freizeit, Sport, Bibliotheken) angelegt werden: Prüffeld für Organisation, Inhalte und Differenzierungsformen, Praxisfeld für Fantasie und Engagement.

Zwischen den sozialdemokratisch geführten Bundesländern und den Ländern mit CDU-Mehrheit bleibt die grundlegende bildungspolitische Kontroverse bestehen. Die konservativ regierten Länder wollen offen halten, ob die bildungspolitischen Ziele besser in einem „reformierten gegliederten Schulwesen“, in Form einer „kooperativen Gesamtschule“ - also drei getrennten Oberschulzweigen unter einem Dach - oder in der „integrierten Gesamtschule“ verwirklicht werden können, wie sie die SPD-Länder bevorzugen, die das längere gemeinsame Lernen in den Vordergrund stellen.

Aber auch in Berlin, wo bis heute fast ein Drittel der Schülerinnen und Schüler die in-



Mittelstufenzentrum Emser Straße in Wilmersdorf Anfang der achtziger Jahre: Gesamtschule mit Raumschiffatmosphäre. 1989 musste die Schule das Gebäude verlassen 1992 begann die Asbestentsorgung in dem 1973 gebauten Schulhaus, das 1994 endgültig unter strengen Sicherheitsvorkehrungen abgerissen wurde. 2002 wurde ein neues Schulgebäude eingeweiht. Foto: Horb



Professor Ulrich-Johannes Kledzik, Jahrgang 1927, arbeitete in Berlin als Lehrer und Schulleiter, von 1963 bis 1990 war er als Oberschulrat und Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Schulwesen u.a. für die Berliner Gesamtschulen

zuständig. Lange Jahre hat er sozialdemokratische Bildungspolitik in Berlin mitgestaltet.

tegrierte Gesamtschule besucht und die sozialdemokratisch geführten Senate ihre Vorliebe für die Gesamtschule nicht verstecken, bleibt die Auseinandersetzung bestehen. Ulrich Kledzik schreibt Mitte der siebziger Jahre: „In diesem Entwicklungsstadium wird deshalb nur ein behutsamer, die Risiken kalkulierender Mittelweg gegangen werden können, der auch berücksichtigt, dass die Innovationsbereitschaft nicht beliebig ausgeweitet werden kann. Reformbewegungen dieses Ausmaßes bedürfen breiter Unterstützung der Lehrerschaft aller Laufbahnen.“

1982 wird die zehnjährige Erprobungsphase der Gesamtschule beendet, die Kultusminister beschließen die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse an integrierten Gesamtschulen. In Berlin betrifft das inzwischen immerhin 28.000 Schülerinnen und Schüler und 2500 Lehrerinnen und Lehrer an 29 Gesamtschulen. Damit wird die Gesamtschule als Schulform neben dem gegliederten Schulsystem offiziell akzeptiert, sie ersetzt das System nicht, wie es viele der Gesamtschulanhänger zehn

Jahre zuvor erhofft hatten. Für Kledzik dennoch auch ein Erfolg: Nun werde es „nicht mehr möglich sein, Eltern durch den Hinweis darauf zu verunsichern, dass die Abschlusszeugnisse der Gesamtschule nicht anerkannt seien, wie es zum Ende jedes Schuljahres seit einigen Jahren pressewirksam behauptet wurde“.

Mitte der achtziger Jahre ist die Gesamtschule ein fester Bestandteil im Berliner Schulwesen geworden, im Nebeneinander der Systeme, gefördert auch von einer christdemokratischen Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien. Die öffentliche Debatte in der Stadt dreht sich allerdings mehr um die Architektur der Mittelstufenzentren und die Asbestbelastung in den Betonklötzen. Die Erfolge der Gesamtschulen treten dahinter zurück. Ulrich Kledzik schreibt 1985: „Es bleibt das Faktum: Die Gesamtschule führt in Berlin mehr Schüler als aus der Grundschulempfehlung ableitbar zu höheren Abschlüssen, etwas mehr als 50 Prozent mit Hauptschulempfehlung zum Realschulabschluss oder zur Übergangsberechtigung auf die gymnasiale Oberstufe; rund 30 Prozent mit Realschulempfehlung zum Versetzungszeugnis in die gymnasiale Oberstufe; sie hält damit Schullaufbahnen länger offen und erhöht ganz allgemein die Chancen der Gesamtschüler.“

Damit hatte die Berliner Gesamtschule zwar ihre wichtigsten Ziele und auch die höchsten Schülerzahlen in der Bundesrepublik erreicht, diskutiert aber wurde in der Stadt über die Sanierung der Gebäude.

Ulrich Horb □

Fortsetzung nächste Ausgabe

Vor 75 Jahren:

„... die Ehre nicht“

Siegfried Heimann: Otto Wels und das Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz (Teil 1)

Am 23. März jährt sich zum 75. Mal der Jahrestag der berühmten Rede von Otto Wels, 1933 Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, mit der er das Nein der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz der Nazis begründete. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, so Wels. In dieser und der kommenden Ausgabe veröffentlichen wir dazu einen Beitrag von Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD.

Am 15. September 1973 erinnerte Willy Brandt am hundertsten Geburtstag von Otto Wels an diesen wenig bekannten und dennoch großen Sozialdemokraten - in der Veröffentlichung dieser Rede stellte Brandt ihn in eine Reihe seiner Texte über Bebel, Marx und Engels. Willy Brandt wies in seinem Gedenken an Wels darauf hin, dass damit zugleich auch an „die Erfolge und Niederlagen, die Schwächen und die Stärken, die Auseinandersetzungen ...und die Leistungen der SPD“ erinnert wird. Und in der Tat: über Otto Wels reden, heißt nicht, eine Erfolgsgeschichte zu erzählen.

Otto Wels wurde 1873 in Berlin geboren. Seine Familie väterlicherseits stammte allerdings aus Groß-Briesen im Landkreis Zauch-Belzig. Seinen ersten politischen Erfolg als Sozialdemokrat erzielte der Berliner Gastwirtssohn und gelernte Tapezierer in Brandenburg: 1912 wählten ihn die Anhänger der SPD im Wahlkreis Kalau-Luckau im Regierungsbezirk Frankfurt in der Stichwahl mit 15 600 Stimmen gegen 14 700 zum ersten Mal in den Reichstag.

Seine politische Karriere begann schon lange vor dem ersten Weltkrieg in Berlin und war typisch für viele später führende Sozialdemokraten. Sie nahm in dem von ihm mitbegründeten Verband der Tapezierer ihren Anfang. 1902 war er bereits Berliner Vorsitzender und ab 1905 beschäftigte ihn der Verband als hauptamtlichen Gewerkschaftssekretär. Er wechselte nur die Organisation, als er 1907 zum hauptamtlichen Parteisekretär der SPD für die Provinz Brandenburg gewählt wurde. Organisieren und Agitieren, Mitgliederwerbung und -betreuung waren zunächst weiterhin seine wichtigsten Aufgaben. Diese hielten ihn allerdings nicht davon ab, in den Querelen der Vorkriegssozialdemokratischen Partei zu ergreifen. Er galt zunächst als Linker, später mal als Zentrist, mal gar als Rechter. Kennzeichnend aber war für seine Position in der SPD, dass er die Partei zusammenhalten wollte gegen alle Tendenzen, nach links



Otto Wels 1932.

Foto: BS-Archiv

oder nach rechts auszufasern. Die Schlagkraft einer einheitlich handelnden Partei bedeutete ihm viel.

Seine große Zeit begann nach dem Ende des 1. Weltkrieges. Er war nicht kriegsbegeistert und gehörte nicht zu den Hurra-Patrioten, die es auch in den Reihen der SPD gab, aber er blieb stets ein führendes Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie - seit 1913 schon Beisitzer im SPD-Parteivorstand - und ein scharfer Kritiker der sich abspaltenden Unabhängigen und noch mehr der Spartakusgruppe. 1917 wurde Wels zusammen mit Eugen Ernst zum Vorsitzenden der nach der Spaltung neu gegründeten SPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin gewählt, nachdem er bis dahin die Bezirksorganisation Brandenburg geleitet hatte.

EINE DEMOKRATIE MUSS SICH WEHREN KÖNNEN

In dieser Eigenschaft rief Wels am 9. November 1918 im Namen der Mehrheitssozialdemokratie zum Generalstreik auf. Die aktivistische Sprache seines Aufrufs war bemerkenswert: Mit den Worten: „Die Würfel sind gefallen! Geredet wird nicht mehr! Heraus aus den Betrieben, auf die Straßen! ... Komme was kommen mag, jetzt heißt es vorwärts, durch Kampf zum Sieg“ stellte er sich und damit zugleich auch die zögerliche Mehrheitssozialdemokratie gleich mit an die Spitze der revolutionären Bewegung in Berlin. Einen Tag später war Wels bereits Stadtkommandant von Berlin kraft revolutionären Rechts und versuchte, eine republikanische Schutztruppe für die Tags zuvor von Scheidemann ausgerufenen demokratischen Republik auf die Beine zu stellen. Seine dabei gemachten guten, noch mehr aber schlechten Erfahrungen machten ihm eines vor allem deutlich: Auch eine

Demokratie muss sich wehren und muss sich wehren können.

Auf dem Parteitag im Juni 1919 in Weimar wurde Otto Wels (neben Hermann Müller, dem späteren Reichskanzler) zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Er blieb es bis zu seinem Tode am 15. September 1939, mehr als zwanzig Jahre also.

Otto Wels war wiederum für die Führung und Organisation der Partei zuständig, dennoch besaß er nach einhelliger Meinung aller anderen Mitglieder des Parteivorstandes, die sich später dazu äußerten, auch in allen anderen Fragen eine große Autorität. Sie beruhte, wie sein Biograph Hans Adolph schrieb, „auf der Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, der souveränen Beherrschung der Organisation und seiner politischen Klugheit“. Diese Eigenschaften konnte er auch als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages gut gebrauchen, wo er von Anfang an bis 1933 Mitglied im drei- bzw. vierköpfigen Fraktionsvorstand war. Und dazu kam sein persönlicher Mut und seine Zivilcourage, freilich auch eine bemerkenswerte große Wertschätzung der Partearbeit und eine Geringschätzung der auf lange Sicht angelegten programmatischen Diskussion.

In einer Rede vor der Nationalversammlung am 30. März 1920 - also kurz nach dem erkennbaren Scheitern des Kapp-Putsches - bekannte sich Otto Wels sehr kämpferisch zu dem aktiven Eintreten der Sozialdemokratie für die Republik und für die Demokratie während des Putsches. Er sagte: „Ich erkläre, dass ich stolz darauf bin, dass meine Partei es gewesen ist, die noch in der frühesten Morgenstunde, zu derselben Zeit, als an der Siegestsäule die hochverräterischen Offiziere die Kapitulation der Regierung erwarteten, die Anweisung zum Generalstreik und zum Zusammengehen mit allen Arbeitern und bürgerlichen Parteien gegeben hat“. Und er machte auch klar, dass selbst der Generalstreik noch nicht das letzte Mittel sei, um einen Putsch von rechts (das gelte im übrigen, wie er ergänzte, auch für einen Putsch von links) abzuwehren: „Wir lassen den feudalen Hochverrättern keinen Zweifel darüber: ein nochmaliger Versuch, mit Hilfe von ein paar missbrauchten militärischen Formationen Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen, würde die deutsche Arbeiterschaft nicht nur mit den unblutigen Waffen des Generalstreiks, sondern ebenso gerüstet wie die gewissenlosen Angreifer auf dem Plan finden.“

Die Entschlossenheit, im Augenblick mu-

Fortsetzung von Seite 11

tig zu handeln, war - auch im Rückblick bleibt dieser Eindruck - nicht deutlicher zu formulieren. Aber in der gleichen Rede begründete Otto Wels auch in merkwürdig schwammigen Formulierungen, warum er, warum die Sozialdemokratie nach dem überfälligen Rücktritt des - zurückhaltend formuliert - blauäugigen Reichswehrministers Noske dieses Ministeramt nicht erneut übernahm. Gerade wenn es richtig war, dass eine demokratische Republik auch entschlossen gegen alle Angriffe verteidigt werden muss und wenn es ebenso richtig war - daran konnte spätestens nach dem Putsch kein Zweifel mehr sein - , dass die während der Novemberrevolution allzu schnell gerufenen militärischen Geister keinesfalls verlässliche Demokraten und Republikaner waren und auch nicht so schnell los zu werden sein würden, dann war es umso notwendiger, dieses Instrument der Verteidigung der Republik so zu verändern und umzugestalten, dass die künftige Reichswehr kein Hort der Reaktion wurde. Wir wissen heute, dass die Reichswehr trotz mancher Anstrengungen des späteren preußischen bzw. Reichsinnenministers Carl Severing gerade ein solcher Hort der Reaktion blieb. Die Reichswehr wurde zum Staat im Staate, ein der Demokratie feindlicher Fremdkörper in der Republik, nur zu gern bereit, pseudolegale Umsturzpläne von rechts wie den vom 20. Juli 1932 in Preußen mitzumachen.

Warum aber auf der einen Seite entschlossene mutige Worte und auch entschlossenes Handeln im richtigen Moment und auf der anderen Seite das merkwürdige Zögern, die geringe Bereitschaft, dieses Handeln auch langfristig politisch abzusichern. Festgehalten muß werden, dass diese Inkonsequenz im politischen Handeln - und Otto Wels steht hier für die Weimarer Sozialdemokratie überhaupt - sich verhängnisvoll auswirkte, wie sich spätestens zu Beginn der dreißiger Jahre zeigen sollte. Die SPD regierte im Reich nur selten, stets aber war sie neben der Zentrums- und der immer kleiner werdenden Demokraten-Partei die einzige politische Partei, die sich zu dieser Weimarer Republik trotz all ihrer Gebrechen bekannte.

Dennoch muss spätestens seit Beginn der 30er Jahre auch von Versäumnissen der Sozialdemokratie gesprochen werden. Seit 1931/32 war deutlich erkennbar, dass der bürgerliche Partner der SPD die Fronten zu wechseln begann und schließlich gewechselt hat. Die SPD aber zog daraus keine Konsequenzen. Im Gegenteil: die Parteiführung verharrte in einem „Immobilismus“, in einer Politik des untätigen Abwartens, die viele ihrer Mitglieder - etwa am 20. Juli 1932 in Preußen - fast zur Verzweiflung brachte. Große Teile des linken Flügels hatten schon vorher diese Politik des Abwar-

tens nicht mehr mit machen wollen und die SAPD gegründet - die Partei des jungen Willy Brandts also -, freilich ohne großen Erfolg. Aber auch Teile der jüngeren Parteirechten kritisierten diesen Immobilismus. Diese Gruppe von später sogenannten militanten Reformsozialisten um Julius Leber, Theodor Haubach und auch Kurt Schumacher gingen mit ihrer Kritik mit der Partei und ihrer Führung noch radikaler ins Gericht als die Parteilinke. Julius Leber schrieb - schon im Gefängnis - der deutschen Sozialdemokratie diese Kritik ins Stammbuch: „Die Partei drehte sich im Kreise ihrer eigenen Entschlossenheit. Mehr und mehr wurde alles für sie zwangsläufig ... Viele Anhänger verstanden ihre Partei nicht mehr, denn sie sahen die Schuld der Mutlosigkeit und der Halbheit nicht, sie sahen nicht das innere Versagen der Parteiführung in den letzten Jahren. Die Parteiführung aber stand verzweifelt vor dem heraufziehenden Gewittersturm des Faschismus, dem sie zuletzt nichts mehr entgegenzusetzen hatte als den geschwächten Glauben ihrer Kerntruppen und die vage Hoffnung auf Hilfe von anderer Seite...“.

Diese Kritik war sicher nur allzu berechtigt, aber dieser hilflose Zustand der Sozialdemokratie war dennoch nicht die eigentliche Ursache für das Scheitern der Weimarer Demokratie. Die Zusammenarbeit von SPD, Zentrum und der Demokratischen Partei und partiell mit der Deutschen Volkspartei war die Basis für den Bestand der Weimarer Republik. Das waren die einzigen und zunächst starken politischen Kräfte, die sich zur Republik bekannten. Wenn diese Basis brüchig zu werden drohte oder gar zerbrach, war auch das Scheitern der Weimarer Republik programmiert.

Hier sieht denn auch Heinrich August Winker die Hauptursache für das Scheitern der Weimarer Republik: „Eine parlamentarische Demokratie konnte es nur geben, wenn die Sozialdemokratie erstens bereit war mit bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten, und wenn sie zweitens hierfür im Bürgertum hinreichend starke Partner fand. Dass diese zweite Voraussetzung immer mehr dahinschwand: Darin liegt die Hauptursache für das Scheitern der ersten deutschen Republik.“ Mit anderen Worten: das deutsche Bürgertum gab ihre nie 100% vorhandene Bereitschaft auf, sich zur demokratischen Republik zu bekennen und schwenkte ins Lager konservativer, völkischer, antisemitischer, antidemokratischer und nazistischer Kräfte über. Es entzog damit der Weimarer Republik bewusst und schließlich auch ohne Zögern die Grundlage ihrer Existenz - Ausnahmen, die es natürlich gab, bestätigen nur die Regel. Wenn also von Schuld am Scheitern der Republik gesprochen werden soll, dann muss vor allem vom deutschen Bürgertum die Rede sein. **Fortsetzung nächste Ausgabe**

Neuerscheinung:**Dokumentation zum Ermächtigungsgesetz**

Es war einer der schwärzesten Momente in der Geschichte des deutschen Parlaments: Am 23. März 1933 stimmte der Reichstag über das von Reichskanzler Hitler vorgelegte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich ab“. Im vorwärts-Verlag erscheint Ende März anlässlich des 75. Jahrestags eine Dokumentation zum Ermächtigungsgesetz, herausgegeben vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und der Historikerin Dr. Daniela Münkel.



Mit dem Gesetz erlangte die NS-Regierung die Ermächtigung, ohne Zustimmung von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident Gesetze zu erlassen. Die Ausschaltung des Parlaments und die Außerkraftsetzung der Verfassung waren scheinbar legal durchgesetzt, das Ermächtigungsgesetz etablierte damit faktisch die nationalsozialistische Diktatur.

Der Reichstag war von der SA umringt, die kommunistischen Abgeordneten waren bereits verhaftet oder wurden an der Teilnahme gehindert. Nur die 94 Abgeordneten der SPD ließen sich nicht von der Drohkulisse einschüchtern und stimmten gegen ihre Selbstentmachtung. Der SPD-Vorsitzende Otto Wels begründete für seine Fraktion die Ablehnung der Gesetzesvorlage, seine Rede wurde ein eindrucksvolles Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen. Die Ehre nicht.“ – Wels' Worte waren die letzten freien Worte im Deutschen Reichstag.

Aus Anlass des 75. Jahrestages erinnert der Band an dieses Schlüsselgesetz der NS-Terrorherrschaft und seine verheerenden Folgen. Neben einem Überblick über den Beginn des NS-Regimes und den wortgetreuen Reden von Otto Wels und Adolf Hitler erläutert ein umfangreicher Anhang unter anderem das weitere Schicksal vieler SPD-Abgeordneter.

Herausgeber sind Dr. Daniela Münkel, Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover mit dem Forschungsschwerpunkt Politik-, Medien- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, und Dr. Peter Struck, seit 2005 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. **PM** □

➔ Daniela Münkel/Peter Struck (Hg.), Das Ermächtigungsgesetz 1933, Eine Dokumentation zum 75. Jahrestag, Format: 14 x 22,4 cm, ca. 175 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-86602-547-9, vorwärts buch € 14,95

Sinn und Unsinn der Leiharbeit

AfA-Mitte lädt am 12. März zur Diskussion

Über Sinn und Unsinn der Leiharbeit will die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Mitte am 12. März diskutieren.

Die günstige Konjunktur entlastet den Arbeitsmarkt, viele Arbeitsplätze werden geschaffen. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Erwerbslosen bundesweit um über 600.000 zurückgegangen. Ein großer Teil der neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse entsteht in der Leiharbeitsbranche. Diese boomt und hat sich in den letzten Jahren auf rund 650.000 Arbeitsverhältnisse nahezu verdoppelt.

Die Leiharbeit bietet insbesondere für Langzeitarbeitslose die Möglichkeit, einen Einstieg in das Arbeitsleben zu finden und mit dem so genannten Klebeffekt die Aussicht auf die unbefristete Übernahme im Entleiherbetrieb.

Andererseits bewirkt die Leiharbeit, die mit durchschnittlich 30 % geringerer Bezahlung vergütet wird als vergleichbare Arbeitsverhältnisse, Druck auf das allgemeine Tarif- bzw. Lohnniveau. Außerdem

wird heftig kritisiert, dass immer mehr Unternehmen ihre Stammbeschaften durch Beschäftigte in Leiharbeit ersetzen. Es diskutieren Astrid Westhoff (stv. Landesleiterin ver.di Berlin-Brandenburg) und Frank Kirstan (stv. Landesvorsitzender der AfA in der Berliner SPD)

➔ Mittwoch, 12. März 2008, 18.00 Uhr im Opatija Grill, Müllerstr. 70 Ecke Dubliner Straße, 13349 Berlin, nahe U-Bhf. Rehberge.

SPD-Videowettbewerb „Gute Arbeit“

Noch bis zum 1. Mai besteht die Möglichkeit, sich mit einem maximal dreiminütigen Beitrag am Videowettbewerb der Bundes-SPD zum Thema „Gute Arbeit“ zu beteiligen.

Das beste Video zu diesem Thema wird 3.000 Euro gewinnen. Dabei interessiert eine überzeugende inhaltliche Idee mehr als eine raffinierte technische Umsetzung. Mehr Informationen im Internet: www.gute-arbeit.spd.de.

Vielfalt und Wirtschaft

■ Welche Chancen und Potentiale für die Berliner Wirtschaft stecken in der interkulturellen Kreativität und Vielfalt Berlins? Dieser Frage geht die Friedrich-Ebert-Stiftung auf einer Veranstaltung am Mittwoch, 5. März, nach.

Berlin profitiert von den Menschen aus über 180 Nationen, die hier leben und arbeiten. In der Veranstaltung will die Friedrich-Ebert-Stiftung aufzeigen wie mit dem Pfund der internationalen Stadtgesellschaft, den Verbindungen der hier lebenden Menschen, ihren Kompetenzen und ihrer Kreativität nicht nur kulturell und sozial, sondern auch wirtschaftlich „gewuchert“ werden kann und sollte. Es diskutieren u.a. Tim Renner (Motor Entertainment GmbH), Hüseyin Yilmaz (Türkische Unternehmer und Handwerker e.V., Berlin), Thomas Michael Höhn (Verwaltungsdirektor des Deutschen Herzzentrums Berlin).

PM □

➔ Anmeldung: BerlinPol.Anmeldung@fes.de, Tel.: 26935 835.

GEBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- August-Bebel-Institut, **Politik mit gestalten – Wegweisung und Anregung für Neueinsteiger/innen**, Samstag, 1. März, von 10.00 bis 17.00 Uhr, Berlin-Wedding, Beitrag 10 € inkl. Verpflegung und Getränke, Anmeldung bis 20. Februar 2008 unter thanner@august-bebel-institut.de, Veranstaltung K 33
- SPD Mitte, **Telefonsprechstunde mit Bruni Wildenhein-Lauterbach**, MdA, Montag, 3. März, 9.00 bis 11.00 Uhr, Telefonnummer 2325 2297
- Fachausschuss Umwelt, **Sauberkeit der Stadt – aus der Sicht der BürgerInnen**, Experten Prof. Dr. Elke van der Meer, Institut für Psychologie der Humboldt-Uni; Winfried Becker, Geschäftseinheitenleiter Reinigung der BSR, Dienstag, 4. März, um 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- Fachausschuss Soziales und Gesundheit, **Niveau der Grundsicherung**, Referentin Burgunde Grosse, MdA und arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Dienstag, 4. März, um 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- Fachausschuss „Soziale Stadt“, **Neue Möglichkeiten des Wohnens in der Stadt – Bestandsaufnahme und Grenzveränderungen bei der Grundstücksvergabe**, Ref.: Staatssekretärin Maria Krautzberger und Vertreter der Baugruppen, Mittwoch, 5. März, um 19.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin-Mitte
- Friedrich-Ebert-Stiftung, **Interkulturelle Kreativität und Vielfalt in Berlin**, Mittwoch, 5. März, von 19.00 bis 21.00 Uhr, Anmeldung bitte an: BerlinPol.Anmeldung@fes.de
- August-Bebel-Institut, **Mehr Demokratie beim Wählen!** Wahlrechtsreform in Berlin für mehr Mitbestimmung, Mittwoch, 5. März, von 19.00 bis 21.00 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, Berlin-Prenzlauer Berg
- SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Fraktion im Dialog: (Vor)Sorge um unsere Kinder**, Donnerstag, 6. März, um 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311 (Bernhard-Letterhaus-Saal), Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
- SPD Mitte, **Bürgersprechstunde mit Bruni Wildenhein-Lauterbach**, MdA und Mitglied im Hauptausschuss **und Lars Neuhaus**, Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Mitte von Berlin, Donnerstag, 6. März, 16.00 bis 17.00 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Barfusstraße 22/24, Wedding
- SPD Spandau - Abt. Südpark/Tiefwerder, **Vorstellung des Projektes „Stark ohne Gewalt“**, Diskussion mit Raed Saleh, MdA, Donnerstag, 6. März, um 19.30 Uhr, Weverstraße 38, 13595 Berlin-Spandau
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Dahlemer Salon zum Frauentag** mit Christa

Kopp-Blöda, Kaffee und Kuchen zum Frauentag (für alle), Samstag, 8. März, um 15.30 Uhr, Am Hirschsprung 9

- SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Holländische Architektur - Stadtrundfahrt**, Sonntag, 9. März, Abfahrt: 9.00 Uhr, Rückkunft gegen 17.00 Uhr, Treffpunkt: Fehrbelliner Platz Ecke Württembergische Straße vor der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Stationen: Potsdam mit dem Holländerviertel (1733 bis 1740, Johann Boumann) und der Schiller-Siedlung (1935 bis 1938) und Berlin-Staaken mit der Gartenstadt Staaken (1914 - 1917, 1926-1929) von Paul Schmitthenner, Carl Derleder und Ludwig Lesser sowie der Luftschiffer-Siedlung („Neu-Jerusalem“, 1923/24) von Erwin Gutkind, Anmeldung an: burkhard.z@t-online.de | Kosten 13,- €
- SPD Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag, **Politik für Kinder und Familien**, Konferenz mit Swen Schulz, MdB, Wolfgang Thierse, MdB, Christel Humme, MdB, Sandra Scheeres, MdA, Dienstag, 11. März, 19.30 Uhr, Ballhaus Ost, Pappelallee 15, 10437 Berlin, Teilnahme bitte anmelden bis zum 10.3. an: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de
- SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Ersatzneubau Spandauer Damm Brücke**, Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Maria Krautzberger, Staatssekretärin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Mittwoch, 12. März, 19.30 Uhr, Nachbarschaftshaus am Lietzensee, Herbartstraße 25, 14057 Berlin
- SPD Gesundbrunnen, **Reform der Pflegeversicherung**, mit Carola Reimann, MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, sowie weiteren Experten von AOK, Pflegedienst und Seniorenvertretung, Mittwoch, 12.3., 19 Uhr, Lichtburgforum in der Gartenstadt Atlantic, Behmstr.13
- Afa SPD Mitte, **Über Sinn und Unsinn der Leiharbeit**, mit Astrid Westhoff, stv. Landesleiterin ver.di Berlin-Brandenburg, und Frank Kirstan, stv. Landesvorsitzender der Afa in der Berliner SPD, Mittwoch, 12. März, um 18.00 Uhr, Opatija Grill, Müllerstr.70 Ecke Dubliner Straße, 13349 Berlin, nahe U-Bhf. Rehberge
- Friedrich-Ebert-Stiftung, **Wie machen wir den Berliner Wohnungsbestand klimafreundlich und damit fit für die Zukunft?** Donnerstag, 13. März, 10.00 bis 15.30 Uhr, Umweltforum Berlin, Pufendorfstr. 10, 10249 Berlin, Anmelden bitte bis zum 6. März bei Claudia.Gross@fes.de
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Stadtrundgang um den Oranienplatz in Kreuzberg**, Sonnabend, 16. März, 20.00 Uhr, Weitere Informationen und Anmeldung unter: burkhard.z@t-online.de
- Bürgerbüro Klaus Uwe Benneter, MdB, Podiumsdiskussion: **Warum brauchen wir ein Verbot der NPD?** mit Dr. Erhart Körting (Senator für Inneres) Klaus Uwe Benneter, MdB und Vertretern der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dienstag, 18. März, um 18.00 Uhr, Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, Berlin-Steglitz

S PRECHSTUNDEN

- **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.
- **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de.
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de Nächster Termin: Freitag, 14. März 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro:** Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 27. März 2008, 15.00 bis 18.00 Uhr -- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.
- **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de -- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.
- **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

T RAUER

Wir trauern um:

Karl-Heinz Städing, geb. 3.5.1928, Abt. 12/18, gest. 25.2.2008, Mitgl. s. 1964, seit 1965 im Märkischen Viertel u.a. Gruppenkassierer und - zuletzt von 1996 bis 2004 - Abteilungsvorsitzender, 1975 bis 1985 Abgeordneter und sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. **Jost Haeusler**, geb. 15.4.1929, Abt. Seenplatte, Mitgl. s. Jan. 1957; **Arno Kirmis**, geb. 14.8.1933, Abt. 07/01 Tempelhof, Mitgl. s. April 1989;

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Lesung im Kurt-Schumacher-Haus:

Mit deutschem Jägerzaun

Nicol Ljubic las aus seinem „Heimatroman“

Lange Jahre hat sein Vater darauf geachtet, wie ein Deutscher zu leben. Erst in der jüngsten Vergangenheit habe er das Geburtsland Kroatien als Heimat wieder entdeckt und reise häufiger dorthin, sagt Nicol Ljubic.

Im Rahmen einer Sonntags-Matinee im Kurt-Schumacher-Haus las Nicol Ljubic aus seinem Buch „Heimatroman“ und diskutierte über die Erfahrungen, die er auf einer Reise mit seinem Vater zu den Wurzeln der Familie in Zagreb gemacht hatte. Den



Journalist und Buchautor: Nicol Ljubic.

Ausschlag für die Fahrt und das daraus entstandene Buch hatte eine Reportage gegeben, die Nicol Ljubic für den Spiegel schrieb. Ein junger Inder hatte sich als Asylbewerber in Deutschland das Leben genommen, Ljubic reiste nach Indien, sprach mit Angehörigen, wollte die Beweggründe für die Flucht herausfinden. Bis er auf einmal feststellte, dass in der eigenen Familie eine ähnliche Geschichte zu finden war.

Ende der fünfziger Jahre hatte sein Vater Zagreb verlassen und war über die Grenze nach Italien geflüchtet. „Heute würde man Wirtschaftsflüchtling dazu sagen.“ Er war LKW-Fahrer in Italien, zog nach Frankreich weiter, wurde während einer Frankreich-Visite von Chruschtschow mit Hunderten anderer Flüchtlinge aus den osteuropäischen Ländern für vier Wochen zum bezahlten Urlaub nach Korsika verfrachtet, um mögliche Protestaktionen zu verhindern, kam von Paris aus schließlich nach Deutschland, heiratete.



Lesung im Kurt-Schumacher-Haus. Fotos: Horb

„Wie mein Vater ein Deutscher wurde“ lautete der Untertitel von Nicol Ljubic' Buch. „Für mich ist es erstaunlich, wie sehr er sich von seiner eigenen kulturellen Identität gelöst hat. Er hat nie jugoslawische Musik gehört, nie jugoslawische Zeitungen gelesen oder jugoslawische Fernsehen geschaut“, so Ljubic. Dass seine Heimat hier bald keine große Rolle mehr spielte, mochte an der Heirat mit einer deutschen Frau liegen, vielleicht auch am unsteten Leben als Flugzeugelektriker im Dienste der Luft Hansa auf verschiedenen ausländischen Flughäfen. So kam es, dass Nicol Ljubic ausgerechnet in Zagreb geboren wurde, wo sein Vater - nun mit deutschem Pass - einige Zeit arbeitete. Typisch deutsch wuchs Nicol Ljubic auf, vor dem Reihenhauser in Bremen stand ein Jägerzaun, wenn Verwandte aus Zagreb anriefen, konnte er nur mit wenigen Brocken Kroatisch antworten. Und - auch das findet er typisch deutsch - er lernte, vor einer roten Ampel stehen zu bleiben, auch wenn kein Auto kam.

Dass er sich mit seinem Vater auf die beschwerliche Tour durch halb Europa machte, ist wohl auch dem gewachsenen Interesse an den eigenen Wurzeln geschuldet.

U.H. □

➔ Nicol Ljubic, Heimatroman, DVA, ISBN 3421058814

KULTURTIPPS

Europa in Bildern. Der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. präsentiert ab 5. März zusammen mit der Stiftung Alinari, der Italienischen Botschaft und dem Italienischen Kulturinstitut die Fotoausstellung „Europa in Bildern - L'Europa delle immagini - 150 Jahre Fotografie in Europa“.

Die europäische Einheit ist eine historische Errungenschaft. Immer stärker versteht sich Europa inzwischen nicht nur als eine auf Institutionen und Politik gestützte Union, sondern auch als Kultur- und Wertegemeinschaft. Die Bilder der Ausstellung vermitteln einen Eindruck von der Vielfalt der unterschiedlichen und doch miteinander verbundenen Kulturen. Sie helfen zu verstehen, dass die einzige Garantie, nationale Identitäten nicht im Sog der Globalisierung zu verlieren, in einem Europa liegt, das sich mit Blick auf eine gemeinsame kulturelle Dimension zu definieren versteht.

Die Ausstellung, die erstmals in Deutschland im Willy-Brandt-Haus in Berlin gezeigt wird, ist in zwei Teile gegliedert: Der erste ist den großen Leitthemen gewidmet, die das Rückgrat der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschichte Europas bilden; im zweiten Teil werden die „Steckbriefe“ der 27 Nationen vorgestellt. Die vier Fotografien, die von jedem Land sinnbildlich Zeugnis ablegen, konnten dank der großzügigen Beteiligung an der ikonografischen Suche seitens sämtlicher Botschaften der Nationen der Europäischen Union ausgewählt werden. **PM □**

➔ Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, Eröffnung am 4. März, 19.30 Uhr in Anwesenheit von Walter Momper und dem italienischen Botschafter S. E. Antonio Puri Purini.

➔ Ausstellung vom 5.03. - 30.03.2008, an den Osterfeiertagen, 21. und 24. März, geöffnet, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich.